

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedit. von: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Wallstraße 11, durch die Zweigstellen, Hagenstraße 11, durch die Postämter, 140, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 5 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzgl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Streif-Ende in Oesterreich.

Der Verkehrsstreit hat seinen Zweck erfüllt.

Wien, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Leben nimmt in Wien wieder normale Formen an. Die Geschäfte sind seit Montag auch im Stadtzentrum restlos geöffnet. Das Verkehrspersonal ist ebenfalls wieder voll in Tätigkeit, jedoch die Straßen am Montag das alltägliche Bild zeigten. Der Streik der Eisenbahner sowie Post- und Telegraphenbeamten dauerte jedoch noch an. Seine Beilegung bildete im Laufe des Tages den Gegenstand fortgesetzter Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und den Führern der österreichischen Sozialdemokratie. Nachmittags trat der erweiterte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission zu einer Sitzung zusammen. Auf Vorschlag des Bürgermeisters Seitz und von Otto Bauer wurde beschlossen, den Verkehrsstreik in der Nacht von Montag zu Dienstag um 12 Uhr abzubrechen.

Der Streikabbruch wird damit begründet, daß der technische Streik, über dessen äußerst tiefwühlende Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben sich die leitenden Körperkassen der Arbeiterbewegung durchaus im Klaren sind, seine Wirkung getan habe. Die Gefahr einer Ausnutzung des blutigen Dramas von Freitag und Sonnabend im Interesse der Reaktion sei schon abgewendet. Das habe der Protest und der technische Streik erreicht. Er habe gleichzeitig die Stärke der Arbeiterklasse hervorgehoben, die sie mit Mühe auf das Gesamtwohl und auf die Erhaltung ihrer Kampfstrategie abbreche.

Die Gefahren für die Republik, von denen in dem Beschluß der Generalvollversammlung die Rede ist, bestehen vor allem in den bewaffneten Heimwehren. Sie sehen sich aus den gegen die Arbeiterschaft verhängten Kautschukbeschlüssen. Ihr Einmarsch in die Provinzialstädte kann die schlimmsten Folgen haben und den Bürgerkrieg entfesseln.

Die Zahl der Toten ist am Montag auf 87 gestiegen. Wahrscheinlich ist die Zahl der Opfer noch nicht erschöpft, da in den Spitälern noch eine ganze Reihe von Schwerverletzten mit dem Tode ringt.

Italien protestiert gegen die sozialdemokratisch geleitete Wiener Schutzpolizei.

Wien, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeindeführer, die man nur in den Außenbezirken antreift, ist einheitlich schiffgrün uniformiert, sie trägt die Pistole verborgen und ist durch eine weißrote Armbinde in den Farben und mit dem Titel der Stadt Wien als Gemeindeführer gekennzeichnet. Zum Leiter dieser 900 Mann starken und vorläufig nur für zehn Tage aufgestellten Gemeindeführerschaft ist der Vorsitzende des Republikanischen Schutzbundes, Nationalrat Julius Deutsch, von dem Bürgermeister, Genosse Seitz, ernannt worden. Die Gemeindeführerschaft hat bereits wiederholt bei kleineren Zwischenfällen eingegriffen und immer eine friedliche Lösung gefunden.

Der italienische Gesandte in Wien und der Vertreter eines anderen Staates — vermutlich England — haben gegen die Errichtung der Gemeindeführerschaft protestiert, weil sie angeblich dem Friedensvertrag widerspricht. Die österreichische Regierung hat auf die Proteste erwidert, daß die Errichtung der Schutzwache ohne ihre Zustimmung erfolgt ist.

Kein Attentat auf Bundeskanzler Seipel.

Die Gerüchte über ein Attentat auf Bundeskanzler Seipel entsprechen, wie der Sonderberichterstatter des WTB. auf Grund von Erkundigungen an zuständigen Stellen mitteilen kann, nicht den Tatsachen.

Revision gegen das verhängnisvolle Urteil eingelegt!

Wien, 19. Juli. (Eigener Funkbericht.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß (das den Anlaß zu den ganzen Wiener Bluttagen gab.) Revision eingelegt.

Die nachträglichen Feststellungen über den Ausbruch des Krawalls.

Wien, 18. Juli. (Eigener Funkbericht.) Ueber die Angündung des Justizpalastes kann nachträglich mitgeteilt werden, daß die amtlichen Untersuchungen der Feuerwehr eine ganze Menge Brandstellen im Gebäude ergeben haben. Es ist auch festgestellt worden, daß Benzol zur Verbreitung des Feuers verwendet worden ist. Gegenüber der anderen Seite des gewaltigen Palastes ist eine Benzol-Abgabestelle für Autos. Der Verwalter wollte, als die Menschenmenge vor dem Palast aufzog, schließen, wurde aber daran gehindert und die Leute verließen sich auf seinem Vorrat mit dem Zündstoff. Ueberflüssig ist zu sagen, daß organisierte Arbeiter und berufende Sozialdemokraten an solchem Vorhaben nicht beteiligt waren. Es wird von ganz ruhigen, bewährten Parteigenossen in verantwortlicher Stellung auf das allerbestimmteste und immer wieder versichert, daß tatsächlich Polizisten aus den Fenstern des Justizpalastes auf die Menge geschossen haben, wobei sie selbst in ziemlich gesicherter Stellung waren. Aber wie man die Wut der Menge auf die Attentaten der Polizei zurückführen muß, so muß man auch die Erregung der Polizei darauf zurückführen, daß sie schon am Vormittag fünf ihrer Mitglieder verloren hatte, die von übermäßig erregten Menschen zu Tode mißhandelt worden waren.

Das Welt-Echo der Wiener Vorgänge.

Die französische Linkspresse über die Leistung unserer österreichischen Genossen.

Paris, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Linkspresse tritt den tendenziösen Darstellungen der nationalistisch-faschistischen Blätter über die Vorgänge in Wien entschieden entgegen. Der „Paris Soir“ betont, daß man es den sozialistischen Führern in Oesterreich verdanke, wenn die Ordnung wieder hergestellt und weiteres Blutvergießen verhindert wurde. Trotz der böswilligen Gerüchte, die ausgestreut werden, werde es täglich klarer, daß der Aufstand von Wien nicht das Ergebnis bestimmter Mächenschaften, sondern spontan ausbrach als Folge der faschistischen Herausforderungen, die die Regierung Seipel nicht nur nicht verhindert, sondern sogar ermutigt habe. Dieser Zustand müsse deshalb von Grund auf geändert werden. „Man muß hoffen“, erklärt das Blatt, „daß im Interesse Oesterreichs und des Weltfriedens, der durch solche Zwischenfälle kompromittiert wird, die Sozialisten diese Aenderung erzwingen werden.“

Auch der Abg. Léon Blum billigt im „Populaire“ ganz die Haltung der österreichischen Sozialdemokraten, die es verstanden hätten, den Widerstand des Proletariats zu organisieren, aber dieses gleichzeitig von einem zu maßhaltigen Abenteuer fernzuhalten. Sie hätten von Anfang an entschieden gegen die kommunistische Taktik Stellung genommen. Die österreichische Sozialdemokratie, deren Aufgabe an sich schon schwierig sei und die sich eine außergewöhnliche Disziplin auferlegen müsse, werde aus dieser Prüfung stärker und siegesicherer hervorgehen.

Das Echo aus Moskau.

Moskau, 18. Juli. (Drahtbericht.) Die Ereignisse in Wien haben in Moskau offensichtlich Ueberraschung hervorgerufen. Natürlich werden die Ereignisse hier mit ungeheurem Interesse verfolgt. Alle Blätter bringen ausführliche Meldungen und Kommentare. So schreibt die „Pravda“ in einem langen Leitartikel, die Unruhen seien gegen den Willen der Führer ausgebrochen. Das Blatt erklärt dann: „Das österreichische Proletariat muß sich darüber so schnell wie möglich klar werden, daß die sozialdemokratische Führung das größte Hindernis seines Erfolges im Klassenkampf ist. Nur wenn sie den Weg Lenins geht, kann die österreichische Arbeiterklasse zum Erfolg gelangen. Die österreichischen Arbeiter müssen Sowjets organisieren, die den Generalklub bilden und den Kampf um die Erlangung der Macht unmittelbar aufnehmen“ (d. h. der vielfach stärksten Macht der italienischen und ungarischen Faschisten den Vorwand zum Einmarsch schaffen. Red.).

Ruhige Beurteilung in Amerika.

Newyork, 18. Juli. (Drahtbericht.) Die führenden Blätter „Newyork Times“ und „World“ heben in ihren Besprechungen der Wiener Vorgänge hervor, daß ein kommunistischer Staatsstreik nicht zu befürchten sei. Beide Blätter wenden sich gegen eine etwaige Einmischung fremder Mächte, da diese nur weitere Komplikationen herbeibringen könne. Die Washingtoner politischen Kreise beurteilen in gleicher Weise wie die Newyorker Finanzkreise die Wiener Unruhen sehr ruhig. Ein Einfluß der Sowjetunion könne angesichts der Stärke der österreichischen Sozialdemokratie keine Gefahr bringen.

Die Tschechen bleiben korrekt.

Prag, 19. Juli. (Eigener Funkbericht.) Die Regierung hat am Montag erklären lassen, daß sie gegenüber den Vorgängen in Wien strengste Neutralität beobachten werde, und daß alle Gerüchte über eine Intervention falsch seien.

Eisenbahnerstreik in Polen?

Warschau, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei hat im Zusammenhang mit dem gestern gemeldeten Vorfall zwischen der Eisenbahnerorganisation und dem Eisenbahnminister beschlossen, die Opposition gegen die Regierung noch mehr zu verstärken. Voraussetzungen sind als Antwort auf die Haltung des Eisenbahnministers ein Generalstreik oder ein Eisenbahnerstreik proklamiert werden. Außerdem wurde beschlossen, den Minister für öffentliche Arbeiten sowie den Arbeitsminister aufzufordern, aus der gegenwärtigen arbeitgeberfeindlichen Regierung auszutreten.

Warschau, 18. Juli. (Drahtbericht.) Auch die Kleinbürgerliche Wyzwolenie-Partei, deren Hauptvorstand soeben seine Tagung beendet hat, hat sich jetzt nachträglich zu einer Kundgebung gegen die Parlamentarische Regierung aufgerufen. In einer Resolution wird das Parteipräsidium beauftragt, einen „energischen und unnahegebenen Kampf“ gegen die Regierung durchzuführen und „baju die breiten Massen aufzurufen“. Die Wyzwolenie bleibt in der Opposition. Nach den Zankereien der Fraktionen und der dabei zu Tage getretenen Uneinigkeit ist nicht anzunehmen, daß diese verpöbelte Kundgebung auf die Pilsudski-Regierung irgendeinen Eindruck machen wird (zumal ein Mitglied der Wyzwolenie-Partei Minister der Pilsudski-Regierung geblieben ist. Red.).

Zurück auf 1648!

Zum Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes. Von Heinrich Schulz.

Im westfälischen Frieden von 1648, der den dreißigjährigen Krieg abschloß, wurde die Volksschule als brauchbares politisches Kompromißobjekt zwischen der geistlichen und weltlichen Macht zum Anhängsel der Kirche erklärt. Die Kirche kam dabei selbstverständlich auf ihre Rechnung. Aber auch die weltliche Macht konnte zufrieden sein, die Volksschule erzog die Kinder nicht nur zu guten und gehorsamen Kindern Gottes, sondern zugleich zur notwendigen fürstlichen Untertanendemut vor dem Landesherrn und seinen Schranken. Die Schule dagegen und die Kinder und damit das eigentliche Volk hatten das Nachsehen.

So ist es Jahrhunderte geblieben, bis im 19. Jahrhundert langsam die Selbstständigkeit der Schule begann, nur matt gefördert durch den schwachen Vorkriegsliberalismus, umso mehr gehemmt durch die vorherrschende Macht des mit der Kirche verbundenen Obrigkeitstaates. Mit der Revolution von 1918 schien endlich die Schule aus der Hörigkeit der Kirche herauszukommen und auf ihrer eigenen Spur einherzumarschieren. Leider ist sie dabei aber nicht weit gekommen. Die schnell erstarrten reaktionären Kräfte haben ihr bald eine Fessel nach der anderen wieder angelegt, und durch den nunmehr veröffentlichten Reichsschulgesetzentwurf soll die Schule in eine derartige neue Untwürdigkeit gegenüber der Kirche und den mit ihr verbundenen reaktionären Staatsgewalten gebracht werden, daß sie wie 1648 wiederum nur ein Anhängsel der Kirche sein würde.

Der neue Reichsschulgesetzentwurf übertrifft die schlimmsten Erwartungen, die man hegen durfte. Das will etwas bedeuten, wenn man berücksichtigt, daß man sich von einem deutschnationalen Reichsinnenminister und seinem zuständigen Ministerialdirektor von Zentrums Gnaden schon allerlei versprechen durfte. Gerade darin beruht die besondere Gefährlichkeit des neuen Entwurfs, daß er nicht wie sein Schiele-Gürtschacher Vorgänger seine reaktionäre Absicht offen wie ein Panier entfaltet, sondern sich aus früheren amtlichen und nichtamtlichen Entwürfen liberaleren Charakters Flicken borst, mit denen er seine Rückständigkeit im Ganzen und im Einzelnen zu vertuschen sucht.

Eine solche Anleihe findet sich gleich im ersten Paragraphen, der die Formulierung des Eingangsparagraphen eines unter dem Kabinett Wirth vertraulich ausgearbeiteten Entwurfs aufgreift und in verächtlicher Form verwendet. Durch die starke Unterstreichung des Elternrechts in diesem Paragraphen wird die Schule gleichsam nur auf Helfersdienste für das Elternhaus beschränkt, eine Auffassung, die mit den modernen Erziehungsgrundsätzen durchaus in Widerspruch steht.

Im zweiten Paragraphen werden die künftigen drei Schularten angeführt, wobei von jeder Hervorhebung der Simultanschule abgesehen wird. Da auch in keinem weiteren Paragraphen irgend eine Bevorzugung der Simultanschule vorgeesehen ist, wohl aber im letzten § 20 auch noch die Vorrangstellung der badischen und bayerischen Simultanschulen auf eine Gnadenfrist von fünf Jahren kontingentiert wird, ist der verfassungsändernde Charakter des neuen Entwurfs außer allem Zweifel, wenn auch, wie die „Tägliche Rundschau“ mitzuteilen weiß, das Reichsjustizministerium — unter dem Deutschnationalen Herzog! — das Gegenteil begutachtet hat.

Ueber die Gemeinschaftsschule, die frühere Simultanschule, sagt der Entwurf nur wenig. Er versucht hier, das Pferd am Kopf und am Schwanz zugleich aufzuführen. Einerseits soll diese Schulart auf „sittlich-religiöser“ Grundlage ihre Aufgabe erfüllen „ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen“, aber und „Lebensgemeinschaft“ der „aus dem Christentum erwachsenen Werte“ der deutschen Volkskultur. Das bedeutet eine weltanschauliche Mischung lediglich aus evangelischer und katholischer Auffassung unter großzügiger Ausschaltung aller anderen Religionsbekenntnisse und Weltanschauungen. Deren Kinder müssen zwar auch die Gemeinschaftsschule besuchen, aber auf sie braucht man natürlich keine Rücksicht zu nehmen. Andererseits werden die Kinder im Religionsunterricht selbst wieder nach Bekenntnissen getrennt unterrichtet. Also Fähr und Hoff zugleich, was aber, da es sich um die nicht belohnte Simultanschule handelt, die Väter des Entwurfs nicht weiter betrübt.

Umso eingehender und liebevoller behandelt der Entwurf die Bekenntnisschule. Hier wird alle Sonne zusammengefaßt, damit sie das Lieblingstind der gegenwärtigen deutschnationalen-kirchlichen Reichsregierung wohlwollend beschmei und erwärme. Den „Geist des Bekenntnisses“ in dem die Kinder nach früheren Wünschen der Schulreaktion erzogen werden sollten, hat man vorsichtigerweise vermieden, um nicht alle Wunden heftig aufzureißen. Dafür sollen die Schulen ihre Aufgabe „gemäß dem Glauben“ erfüllen. Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher sind ohne Vorbehalt der Eigenart der Schule anzuwenden, nur Lehrer des betreffenden Bekenntnisses dürfen an der Bekenntnisschule tätig sein. Dazu kommen die weiteren Sicherungen der Bekenntnismäßigkeit durch spätere Bestimmungen, besonders auch die Vorschriften über Schulaufsicht und Verwaltung und über die Erstellung des Religionsunterrichts. Hier wirkt sich der kirchliche Charakter des neuen Entwurfs rein aus. Durch eine Hintertür wird die geistliche Schulaufsicht wieder eingeführt. Die Bestimmungen über Lehr- und Lernbücher für den Religionsunterricht, ja sogar über Lehrpläne, sollen im Einvernehmen mit den Religionsgesellschaften erlassen werden. „Im Einvernehmen“ bedeutet, daß ohne die Zustimmung der Kirche die Bestimmungen keine Geltung erlangen, die Kirche also im staatlichen Schulwesen unmittelbar mitzuredigieren hat. Den „obersten Stellen“ der Religionsgesellschaften ist sogar Gelegenheit zu geben, im Unterricht sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundfögen der Religionsgesellschaften erteilt wird!

Bei soviel geradezu verschwenderisch ausgeschütteter Fürsorge für die Bekenntnisschulen darf es nicht wundernehmen, daß für die weltliche Schule nichts übrig geblieben ist. Gegen die überaus mangelhaften Bestimmungen, die sich mit der weltlichen Schule beschäftigen, muß sich der Protest der sozialistischen Arbeiterschaft in ganz besonderem Maße wenden. Hier handelt es sich um ihre ureigenste Angelegenheit. Wenn die Bekenntnisschule das Lieblingstind der Schulreaktion ist, so bekennt sich die Arbeiterschaft zur weltlichen Schule als ihrem Lieblingstind. Aber nicht für die Art weltlicher Schulen kämpfen die Sozialdemokraten, die ihr Herr von Keudell gnädigst zugestehen will, sondern sie wünschen die gesetzlichen Bestimmungen so, wie sie sie als erste und gewissermaßen einzige Kennerin des Wesens und Wollens der weltlichen Schule zu fördern berechtigt ist.

Der neue Entwurf will die weltliche Schule zu einer Sammelschule für Kinder machen, die keinem Bekenntnis angehören; wenn diese Bestimmung durch eine weitere Bestimmung auch etwas eingeschränkt wird, so bleibt doch die Absicht deutlich erkennbar, die weltliche Schule zu einer Schule der Gottlosen zu stempeln. Außerdem wird durch einen besonderen Absatz geradezu dazu angereizt, aus der weltlichen Schule, wie wir sie aufzufassen, eine enge Weltanschauungsschule zu machen, wie wir sie nicht wollen.

Die weltliche Schule, die wir anstreben, ist für Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen bestimmt, wir lehnen jede feststimmliche Sonderbehandlung ab. Lehrer aller Bekenntnisse und Weltanschauungen können an der weltlichen Schule tätig sein. Sie erteilt den gesamten Unterricht für alle Kinder gemeinsam, und zwar auf allgemein-sittlicher Grundlage. Religionsunterricht wird im Rahmen des Lehrplanes nicht erteilt, an seine Stelle kann eine Ueberweisung in sittlicher Lebensführung treten. Religionskunde und religionsgeschichtliche Belehrung bilden einen Teil des geschichtlichen und kulturkundlichen Lehrstoffes.

Stärksten Widerspruch fordern auch fast alle weiteren Paragraphen heraus, besonders die über die Verantwortung von besonderen Schularten, wobei noch förmlich das Wort „Weltanschauung“ zwischen Vater und Mutter geschoben wird, falls diese sich nicht

einigen können, beikünftig gelagert, eine ganz besondere Vorbeugung vor dem Elternrecht! Ferner die Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb, über den noch, ebenso wie über weitere Bestimmungen, später eingehend zu reden sein wird.

Alles in allem: der Entwurf ist ein Machwerk, fetter deutschnationaler, evangelischer und katholischer Urheber würdig! Als ob vom Bekenntnis das Heil der Welt und der Schule im Besonderen abhänge! Kein Wunder, daß bei solcher Gesinnung für wirkliche Verbesserungen im deutschen Schulwesen, wie sie in erster Linie die Durchbrechung des unsozialen Bildungsprivilegs sein würde, weder Zeit noch Neigung noch Geld vorhanden ist. Wiederum wird der sozialistischen Arbeiterschaft und den freireligiösen Elementen im Bürgertum ein Kulturkampf aufgedrängt. Die bisherigen Abwehrkämpfe gegen die Attentate auf Literatur und Kunst sind leider mangelhaft. Hoffentlich bringen die Freunde des Kulturfortschrittes und der Freiheit in Deutschland so viel Kraft und Widerstand auf, daß der neueste und gefährlichste Versuch zur Rückwärtstendenz der deutschen Kultur die Niederlage erleidet, die er verdient.

Ueber die Aussichten des Schulgesetzes

Schreibt der immer gut unterrichtete parlamentarische Mitarbeiter der „Welt am Montag“:

Die einzelnen Regierungsparteien haben es sich vorbehalten, im Reichstag, der die erste Lesung der Vorlage bekanntlich in seiner Zwischentagung Ende September vornehmen wird, Änderungen antrage zu stellen. Am meisten werden die der Volkspartei interessieren, die sich in erster Linie auf die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigen Bedienung der Simultan- und die Wahrung der Rechte dieser Schulgattung in den ehemals nassauischen Gebietsteilen Preußens, in Baden und Hessen und auf die „Einrichtungsfrage“ der Religionsgesellschaften in den Religionsunterricht beziehen werden. Man nimmt aber an, daß auf diesen Gebieten Kompromisse möglich sind, und daß nach ihrer Erreichung die Volkspartei auch keine Erhebungen wegen des verfassungswidrigen Charakters des Gesetzes erheben wird.

Die Oppositionsparteien der Linken, vor allem die Sozialdemokraten, werden natürlich sehr viel weitergehende Forderungen zu machen haben und deren Kampf gegen die Konfessionalisierung der Volksschule mit größter Zähigkeit führen. Kommt aber die Koalition zu einer Einigung — und dafür sprechen von allem anderen abgesehen, die Erwägung, daß für eine grundsätzliche andersgeartete Lösung der Schulfrage eine Mehrheit kaum zu finden wäre — so wird des Zustandes kommen des Gesetzes nicht aufzuhalten sein. Eine Zweidrittelmehrheit wird es freilich nicht finden, in dessen ist es mehr als zweifelhaft, ob die Gerichte die von der Opposition mit Nachdruck vertretene und sicher berechnete Auffassung von der Unvereinbarkeit des Gesetzes mit dem Artikel 146 der Reichsverfassung teilen werden.

Die preussische Unterrichtsverwaltung hat an den Reichsminister v. Keudell einen entschiedenen Protest gerichtet, der sich bei der Vorbereitung des Reichsschulgesetzes richtet. Als besonders bedenklich aber wird bezeichnet, daß v. Keudell es nicht einmal für notwendig befunden hat, den Richter-Ausschuß zur Sachverständigenberatung mit heranzuziehen, der berufen ist, an Stelle des früheren Reichsschul-Ausschusses dem Reichsministerium des Innern Gutachten in Unterrichtsfragen zu erstatten. Die Unterrichtsverwaltungen der Länder sind inzwischen in Beratungen über die Frage eingetreten, ob der Entwurf des Reichsschulgesetzes über verfassungsändernd anzusehen ist oder nicht.

Die Sparer danken unserem Gen. Keil.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach Abschluß der Aufwertungsdebatten im Reichstag sind dem Genossen Keil, der die Sozialdemokratische Fraktion ständig im Aufwertungskampf vertreten hat, zahlreiche Dankschreiben aus den Kreisen der Kleinrentner aus allen Teilen des Reiches zugegangen. Besonders bemerkenswert ist ein Schreiben des Professors Bauer aus Nagold in Württemberg, der neben dem Abgeordneten Dr. West als einer der ersten Führer der deutschen Sparerbewegung gilt. Er sagt in seinem Schreiben an Keil:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Abgeordneter, im Namen des württembergischen Sparerbundes und zweifellos auch der Sparer aus dem ganzen Reich herzlich dafür zu danken, daß Sie sich in so energischer Weise für die Inflationsgeschädigten eingesetzt haben. Nicht Sie sind die Sparer wohl Ihnen am meisten zu Dank verpflichtet, denn nicht Dr. West haben Sie sich am frühesten für ihre Interessen eingesetzt.“

Wechsel in unserer Redaktion.

Wie wir vor mehreren Wochen kurz mitteilten, war unser leitender Redakteur, Genosse Birnbaum, von einer größeren deutschen Zeitungsguppe auf Grund seiner Tätigkeit für deutsch-polnische Zeitungsarbeiten über Polen von Warschau aus gemacht worden. Genosse Birnbaum hat dieses Angebot inzwischen angenommen und scheidet daher zum 1. August aus seiner bisherigen Stellung aus. Er bleibt aber dauernd Mitarbeiter unseres Blattes, speziell für Fragen der Ostpolitik.

Zu seinem Nachfolger als leitender Redakteur der „Volkswacht“ wurde von der Preßkommission einstimmig der Genosse Albert Krawinkel, zur Zeit Leiter unserer Thüringer Parteiblätter „Das Volk“ (Jena) gewählt. Genosse Krawinkel ist 1889 in Hannover geboren, studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie und hat sich wissenschaftlich durch mehrere Bücher aus diesen Arbeitsgebieten („Zwang und Freiheit im Sozialismus“, „Das Problem des Achtstundentages“ u. a.) einen Namen gemacht. Er war nach dem Kriege kurze Zeit als leitender Redakteur unserer Duisburger Parteiblätter und dann als Dozent an der inzwischen von einer Rechtsregierung wieder aufgehobenen Volkswirtschaftsschule des Landes Thüringen tätig, ehe er vor 2½ Jahren seine bisherige Stelle antrat.

Gleichzeitig mit dieser Wahl hat die Preßkommission auf Grund einer Probezeit den Genossen Adolf Reventlow als Redakteur der „Volkswacht“ angestellt. Genosse Reventlow ist 1897 in München geboren, wo er die Volksschule besuchte. Er machte eine Lehrzeit als Berufsfotograph durch und war in der Südschweiz, in Zürich, München und in Berlin teils in diesem Beruf, teils als Fabrikarbeiter und später als kaufmännischer Angestellter tätig. Auf Grund gewerkschaftlicher Betätigung im Lithographenverband und z. B. wurde er zum Sekretär des Zentralverbandes der Angestellten zunächst in Köln, später in Heidelberg gewählt. Zuseht war er schriftstellerisch als ständiger Mitarbeiter der deutschen und der ausländischen Gewerkschaftspressen tätig.

Falschmeldungen über angebliche Äußerungen des Gen. Löbe

Eine Anzahl bürgerlicher Blätter — auch Breslau — brachte kürzlich ein angebliches Gespräch eines Vertreters der Wiener Agrarlich-sozialen „Reichspost“ mit dem Genossen Paul Löbe. Dazu schreibt uns Genosse Löbe auf Rückfrage:

„Erstens: Der Korrespondent, um den es sich handelt, stellte sich mir als ein Mitarbeiter der skandinavischen Presse vor und als einen Freund unserer älteren Parteigenossen. Er hatte aus diesem Grunde den Genossen Kautsky besucht, der einige Wochen mein Gast war. Daß er die Wiener Presse, die in scharfem Kampf zu unseren Freunden steht, mit seinen Artikeln versorgen würde, hat er nicht im geringsten angedeutet.“

Zweitens: Der Inhalt des Interviews ist an mehreren Stellen unrichtig wiedergegeben. Ich habe natürlich nicht von der Preisgabe des demokratischen Sozialismus gesprochen und auch nicht von einer radikalen demokratischen Reformpartei. Richtig ist in diesem letzteren Teile nur der Satz: „Der Kieler Parteitag hat die Bereitwilligkeit der Partei zu einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien betont.“ Und das war nichts Neues. Darüber hinaus habe ich ihm auf seine Fragen allerdings zugegeben, daß wir in höherem Maße wie früher politisch im Staate mitarbeiten, seit dieser Staat eine Republik ist. Aber mit keinem Wort habe ich die unrichtige Behauptung von einer Preisgabe sozialistischer Ideen aufgestellt.“

Vielleicht klären sich diese Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten aus einem mangelhaften Deutsch, das mir bei dem Mann aufgefallen ist und das ich auf seine skandinavische Herkunft zurückführe.“

Besuch des englischen Außenministers in Berlin?

London, 19. Juli. (Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt: Es ist nicht sicher, aber zum mindesten wahrscheinlich, daß Chamberlain Dr. Gieseler in Berlin einen Besuch abstatten wird, bevor der Völkerverbund im September in Genf zusammentritt.

Road oder die Hungerleider.

Von Will-Erich Benderl

(Copyright by Süd-Deutscher Verlag, Breslau 6.)

6] (Nachdruck verboten.)

Aber das war es nicht allein. Für jede Stunde sollte er sich in vorbereiten. Heut, morgen brachte Alois Revision, und dessen Berichte bildeten für Roads zweite den Untergrund; ein Klebs in ihnen verkaufte unweigerlich die Prüfung.

Dann kamen die Hefte, die Korrekturen. In einer Woche ein Aufsatz und in der zweiten ein Rechenschaftsbericht, zweimal in jeder Woche Schönschreiben und einmal Zeichnen. Nacht je 50 Korrekturen und 50 Zeilen der Schrift und 53 der Zeichnungen, das die Fehlerverbesserungen, die Abstrichen. Das frag die letzte Zeit. Und wenn er einen Aufsatz besprochen, fehlerhaft hatte nachzählen lassen, wenn er ihn an der Tafel notiert, die Worte geübt und dennoch fast dreißig unter „genügend“ waren, wurde ihm angst und bange. Wo sollte das hin? Wenn eine Revision —?

Sie können Karl schreiben Sie ihn doch noch riet Mahute aus langer, erprobter Praxis heraus.

Wie denn?

Ah, an die Tafel.

Aber das schien ihm doch nicht recht. Kar —, ja, was sonst?

Die grünen und rot und braun gebundenen Bücher, Leins, Kops, Roads, lagen noch immer unberührt. Jetzt weniger als je kam er zu ihnen. Nicht mal die „Pädagogische Warte“ las er ganz aus.

Road war nur ein Lehrer wie alle im Lande hinauf und ab. Ein Arbeitstier, ewig schaffend. In zwanzig Jahren ausständig so weit, sämtliche Unterrichtsämter in Normalklassen ausständig zu haben, so daß er keine Regelmäßigkeit im Gange aber am Dienstanfang über am Stammtisch verbrachten konnte. Die sah jedoch zum Schluß nach.

Sah er sich nicht den anderen an, da wer kam einer, der eine Ausnahme machte. Die alten Schüler höchstens, die man mitunter in sternen sah; Postlinien und lange Laborspieße, pädagogisches Gedächtnis. Road aus den Her oder Her Jahren der vorigen Jahrhundert. Aber die anderen verhalten im Vergleich zu ihm dieser Zeit. Reaktionen und unterrichtliche Reaktionen des Kinderlebens. Was geht von

neuen Erläsen und Wünschen und Revisionen. Immer im Schwung. Sobald die Spannung nachließ, Altsien.

Es war das Tempo von 1912. Das Tempo des Industrie-weltreiches. Alles auf Ansehen und Schein gestellt. Die größten Kanonen, die größten Schiffe, die größte Armee, die meisten sozialen Gesetze, die meisten Analphabeten. Immer einwärtigen. Immer mit Wissen die Köpfe anfüllen. Und mit den ethischen Sägen der abgefeimelten Verdrücker oder Drücker. Religion, das ist Vertigebächtnis; Geschichte lehrt die Vergrößerung des hochvollständigen Reiches; die Erdbeherbung ist nur ein Wissen um Ausfuhr- und Handelsprodukte der anderen Staaten, ein Auffindenskonnen von Städten auf der Wandkarte. Der beste Lehrer, der einen Tag schneller als der Nachbar Lesen und Rechnen lehrte. Deutschunterricht, das sind Briefschreib-übungen, in denen ethische Plattheiten vertreten oder kaufmännische Angelegenheiten erledigt werden. Und fehlerlose Schrift! Sonst können die Kinder in keinem Kontor antommen. — Arbeiten! meine Herren! Arbeiten! Vervollkommen Sie sich! Studieren Sie bitte die Methodik! Denken Sie über praktische Wege nach! Taylorsystem des Unterrichts. Woher kam das? Wo hing das rasende Tempo an? Die Leute im Ministerium waren es kaum. Denn Road hatte in Bunklau gelesen, was anlässlich einer Revision ein Rat verlangte. Er las in den Erläsen, daß eine größere Intensität der Stunde gefordert wurde. Höchstens traf sie die Schuld, wenn alle Unterrichtsämter ins Praktische fortentwickelt wurden. Aber wo hat der Treiber dann? Road hegte sie, das war klar. Er hätte es nicht getan, wenn es nicht gern gesehen würde. Wo ging es von den Kreislaufinspektoren aus. Oder von der Regierung, der Zentralbau zwischen der letzteren und dem Minister. Weiter fand Road nicht und das Warum fand er auch nicht.

Er arbeitete. Sie arbeiteten. Sie hasteten nach keinen Sensationen, die Schüler am Stoff zu interessieren. Das Interesse im Stoff selbst liegen zu lassen, das dauerte viel zu lange. Sie trieben wie Rahl ein kindliches Spiel; sie hatten die Apparate, die ihnen die Schulgewinde nicht kaufte, hatten Ergebenisse an Wissen und Erkenntnis aber von ihnen gefordert wurden. Sie legten sich vor, daß sie es aus Liebe zur Schule und zu den Kindern täten, aber sie glaubten einander nicht. Und Schenit, der tat als kümmerte er sich um nichts, der den „selbste“ Mann markierte, sah oft die Nacht bis drei Uhr früh. Er mußte sich doppelt anstrengen; er hatte den Pfaffen auf der Belle. Road hätte ihm jetzt eins ausgemischt. Schenit könnte sich, daß es keine, als gäbe er was an ihn oder ein Stück er ihn. Wieder verstand er sich und schaffte in der Nacht.

Nervengerreichend war das. Ein Quälen, den bestmöglichen Schein vor Freiheit. Um das Beharren des landesüblichen Ruhmes. Er wußte, wie die Kollegen darüber sprachen, er wußte, daß sie den Mut bewundern und beneiden; sollte er sich demütigen? Alle Farzwunder hätten Halloh geschrien.

Es hatte ihn so gefreut, in Road einen Kumpan zu finden. Nicht nur, daß er sich einen Revisor brauchte. Er, der sich ihm doch heimlich schon bange geworden war, wie er so schickte, outsider, gegen die „Blase“ stand. Nun konnte er ihn nicht halten. Daß Road ihn liegen ließ, um einer Postbude willen war längst kein Grund. Es wäre auch ohne das in kurzer Zeit so gekommen. Die Arbeit zwang ihn, den Durchschnittsbegabten nach den durchlumpten Wochen hinter die Bücher. Denn er war lange noch nicht fest angeheilt; die endgültige Prüfung stand noch aus. Und wenn er mit seinen Präparationen zu Ende war, dann hieß es Bücher vornehmen und für die Prüfung öffnen, denn wenn er sie nicht bestand, konnte, nein, mußte er gehen; der Staat benötigte seiner nicht; er oder sein Vater mußte das Schulgeld das man ihm genädigt gestundet, erstatten; ihm blieb die Kapitalantlaufbahn oder so etwas ähnliches. Abend für Abend unterhielten ihn nun Systeme, Biographien der fünfzig oder mehr großen Theo- — Verzeihung Pädagogen — Psychologen, schultechnische Fragen. Abend für Abend suchte er einen Sinn hinter den krausen Sprüchen des „Einfinders“, lernte er die Geschichte jeder Methodik, und wenn er um 1 Uhr des Nachts niederkam, tanzten vor seinen Augen sämtliche christozentrische biographische und katechetische Systeme der Staube. Neuaufbau Hayn und Rhoden; und der Geschichtserlach des Kaisers von 1880 oder vorher? mit seinen religiösen Anhängsel packte in jeder Nacht; und ob das Bescheid ein religiöses tendierendes oder literarisches Machwerk sein sollte, das mußte niemand.

Indessen schaltete ihn sein Blut, war Schenit mit Klärteffekt guter Dinge.

Bis er den ganzen Schwindel satt kriegte und hinter den Ofen schlich. Freiheit nur ein paar Stunden lang. Denn dann aufgabte von neuem ihn sein Gewissen. Aber sein junges rebellisches Blut gewann die Oberhand gegen den mechanischen Gram. Er war nur zwanzig Jahre und konnte sich nicht zum Gehirner machen, zur weisen, bedächtigen und stillgeheiligten Erzieherpersönlichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Solidaritätstundgebungen für unsere Wiener Genossen.

Ein Telegramm unseres Parteivorstandes.

Unser Parteivorstand hat an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs folgende Rundgebung gerichtet:
 „Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie bittet euch, den Angehörigen der Opfer der Wiener Demonstrationen den Ausdruck seines herzlichsten Beileids zu übermitteln. Im Kampfe gegen die Klassenjustiz fühlen wir uns mit euch solidarisch. Wir sind überzeugt, daß unsere prächtige Wiener Bruderorganisation auch aus diesen schweren Kämpfen im Interesse der Erhaltung der Republik schließlich gestärkt hervorgehen wird.“

Müller, Weis, Crispian.“

Das Reichsbanner solidarisch mit dem österreichischen Schutzbund.

Magdeburg, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners, Kameraden Otto Hering, richtet an alle Reichsbannerkameraden und Republikaner im Reich folgenden Aufruf:

„Ein österreichisches Gericht in Wien hat faschistische Mörder freigesprochen. Eine Explosion des Volkszornes war die Folge. Ungeeignete Maßnahmen der Polizei gaben disziplinlosen und verbrecherischen Elementen die Möglichkeit, durch Brandstiftung und ähnliche Untaten das Ansehen der österreichischen Republikaner zu gefährden. Die Hilflosigkeit der österreichischen Regierung hat das Ansehen zu einer Katastrophe werden lassen und dann unsere Kameraden des österreichischen Schutzbundes zu Hilfe gerufen, die im heroischen Kampfe das Chaos verhütet, die Unruhen lokalisiert, das Blutvergießen beendet haben.“

Zum Dank für diese Rettungstat wird der Schutzbund jetzt in schmächtigster Weise von Faschisten und Kommunisten verleumdet und beschimpft. Reaktionäre und Kommunisten scheuen sich nicht, ihre Hoffnung auf bewaffnete Interventionen ungarischer und italienischer Faschisten zu setzen.

Den Kameraden vom Republikanischen Schutzbund Österreichs dankt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für seine Tat, die dem inneren und äußeren Frieden dient. Wir geloben dem Schutzbund unverbrüchliche Treue und Freundschaft und sichern ihm volle Unterstützung zu. Die von Spiegeln durchsehten faschistischen und kommunistischen Organisationen suchen auch in Deutschland Unruhe zu stiften, um dann im Trüben zu fischen, wie sich aus vielen Nachrichten der letzten Tage klar ergibt.

Wir warnen alle Provokateure klar und eindeutig, es nicht zu versuchen, die österreichischen Volksgenossen in Deutschland zu wiederholen.

Unseren Kameraden aber rufen wir zu: Haltet unsere Reihen sauber, stärkt die Disziplin! Die am nächsten Sonntag in Magdeburg stattfindende Reichskonferenz unseres Bundes wird unser Handeln für die nächste Zeit bestimmen.“

Auch die französischen Sozialisten solidarisch mit den Wiener Genossen.

Paris, 19. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Paul Faure, und der Abgeordnete Léon Blum als Vorsitzender der Sozialistischen Kammerfraktion haben an den Bürgermeister von Wien, Genossen Seih, folgendes Telegramm gerichtet: „Die Französische Sozialistische Partei drückt den Arbeitern, die Opfer der Bewegung wurden, ihr Beileid aus und sichert den österreichischen Sozialdemokraten ihre brüderliche Sympathie in diesen trüben Tagen.“

Aus dem Reich.

Preussische Beamtenernennungen zum Verfassungstag. Nach einem Beschluß des preussischen Staatsministeriums sollen, laut „Täglicher Rundschau“, Ernennungen und Beförderungen, die in die Zeit des Verfassungstages fallen, künftig nach Möglichkeit gelammt und am Verfassungstage vollzogen und veröffentlicht werden.

Der „Deutsche Studententag“. Am Montag morgen begannen die sachlichen Verhandlungen des Deutschen Studententages in der Produkthenbörse Würzburgs. Der Saal war nicht mit Taggen geheizt, um jede Flaggenfrage zu vermeiden. Gleich am Anfang der Sitzung wurde der Studentenschaft der Universität Freiburg i. Br. das Stimmrecht auf diesem Studententag entzogen, weil sie als Druckmittel gegen eine Politisierung im völkischen Sinne ihre Beiträge bisher nicht gezahlt hatte. Demonstrativ wurde nach dem Bericht des Verfassungsausschusses ein Haushaltsplan angenommen, der auf einem Kopfbeitrag von 75 Pf. beruht, während es bekannt ist, daß das preussische Kultusministerium nur 80 Pf. pro Kopf bei den preussischen Studentenschaften zulassen wird. Die wichtigste Entscheidung über die Stellung der „Deutschen Studentenschaft“ zu den Forderungen des preussischen Landtages ist immer noch in der Schwebe. Nach Schluß der zweiten Vollversammlung des heutigen Tages soll eine Tagung der preussischen Studentenschaften sich über diesen Punkt schlüssig werden. Die Tendenz bei der Behandlung dieser Frage ist, laut „Post. Ztg.“, auf allen Seiten offenbar die Verantwortung für den drohenden Zerfall der studentischen Selbstverwaltung von sich abzuwälzen.

Die Wahl zum Heidelberger Studentenausschuh. Die Wahlen zum allgemeinen Studentenausschuh an der Universität Heidelberg ergaben, daß 16 Großdeutsche, 4 Finken, 6 Freie Hochschulgruppe, 4 Katholiken und zwei Sozialisten in den Ausschuh gewählt wurden. Die Rechte verfügt über 20 Sitze, die Linke über 12. Im alten Ausschuh war das Verhältnis 9:20. Da die Rechte die Zweidrittelmehrheit nicht wieder erreicht hat, so kann der von ihr beabsichtigte Wiedereintritt in die Deutsche Studentenschaft nicht durchgeführt werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

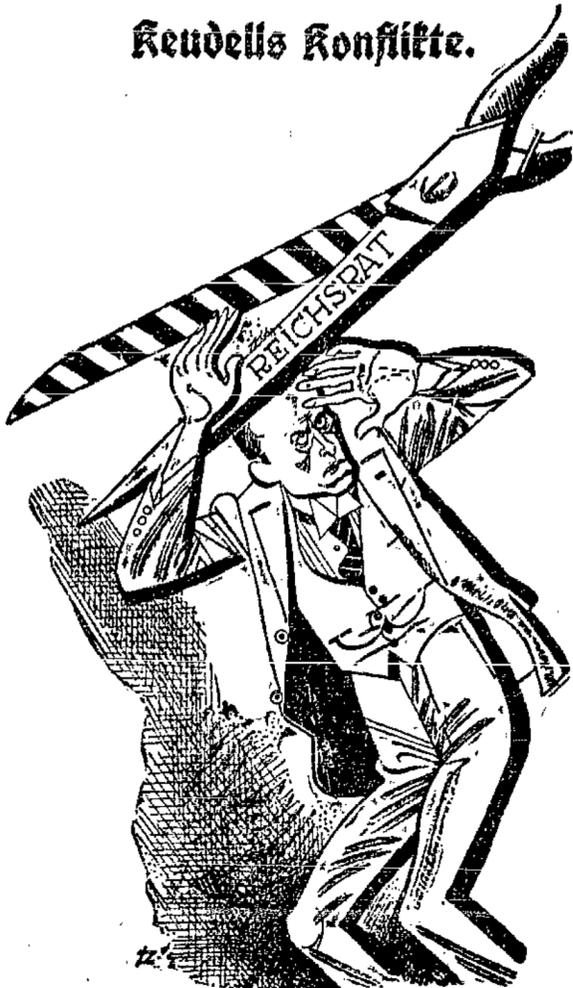
Geplante Abschaffung der Botschaft zwischen Deutschland und England. Minister Chamberlain teilte mit, daß gegenwärtig mit Deutschland Verhandlungen wegen Abschaffung der Botschaften zwischen Deutschland und England im Gange sind.

Antimilitaristische Kundgebungen in Frankreich. In Cherbourg ist es am Montag zu schweren Zwischenfällen gekommen. Etwa 600 Sozialisten, die im Hafen von Cherbourg zur Ableitung einer Uebung eingetroffen waren, durchzogen die internationale Straße der Stadt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Ähnliche Zwischenfälle haben sich am Sonntag und Montag im Militärgesamnis von Toulon ereignet. Eine größere Anzahl Gefangener meuterten und jangen ebenfalls die Internationale. Die französische Polizei hat das Militärgesamnis besetzt.

Neue Durchsuchung der russischen Gesandtschaft in Peking. Nach Nachrichten aus Peking soll dort auf Befehl der Regierung eine neue Durchsuchung der russischen Gesandtschaft stattgefunden haben. Frau Borodin, deren Festnahme der Zweck des Vorgehens vor allem sein mußte, konnte nicht aufgefunden werden, da sie sich bereits in Sicherheit gebracht hatte. Der Richter, der Frau Borodin aus der Haft entlassen hat, soll angeblich mit 25 000 Pfund bestochen worden sein.

Immer neue Eingeborenen-Erhebungen in Niederländisch-Indien. Das englische Reutersbüro meldet: In Bandoens bei Batavia wurden mehrere eingeborenen Soldaten festgenommen, die auf einen Polizeigenossen geschossen hatten. Weitere Verhaftungen führten zur Entdeckung einer neuen kommunistischen (?) Organisation, die im Besitz beträchtlicher Mittel waren. In der Wohnung des Inspektors für die indischen Arbeiten in Weltevreden wurden bei einer Hausdurchsuchung Papiere über eine geplante allgemeine Erhebung gefunden. Das Zeichen für die Erhebung wurde gestern abend gegeben, doch hatte es keinen Erfolg.

Reudells Konflikte.



Es ist dafür geforgt, daß die Reudells nicht in den Himmel wachsen.

Soziales.

Internationale Genossenschafts-Tagungen.

Die gesamte internationale Genossenschaftsbewegung rüftet zu einer Reihe von großen und wichtig weltumspannenden Tagungen. Im August wird in Stockholm der große internationale Genossenschaftskongress tagen, der ihm die internationale Genossenschaftliche Frauenkonferenz, die Konferenz der Genossenschaftsbanken, der genossenschaftlichen Versicherungsinstitute und der internationalen Großeinlaufsgeellschaft. Daneben findet eine internationale Genossenschaftliche Tagung statt und eine Konferenz aller an den Bildungsarbeiten interessierter Genossenschaftler. Mehr als eine Woche werden alle Nationen durch ihre genossenschaftlichen Führer in Schweden beisammen sein.

Der Kongress wird vor allem zwei Fragen behandeln: Die direkte Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Konsumgenossenschaften, worüber Jäggi (Basel) referieren wird und die genossenschaftlichen Aufgaben der Gegenwart von Johansen (Stockholm), ein Referat, das die veränderten Methoden des kapitalistischen Handels und der Produktion und die daraus entstehenden neuen Aufgaben der Genossenschaftsbewegung darzustellen hat. Die direkten Beziehungen zwischen den beiden genannten Genossenschaftsarten sind durch die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz besonders aktuell geworden, und ein Teil der in Genf angenommenen und von Poisson vorgeschlagenen Resolution, wird in die für den Stockholmer Kongress vorbereitete Entschließung aufgenommen werden. In einzelnen Ländern, vor allem in Frankreich und Deutschland, sind die direkten Handelsbeziehungen schon recht weit gediehen, so daß gewiß die Voraussetzungen hierzu gegeben sind. Es handelt sich nun vor allem darum, die Genossenschaftler der Welt zu verpflichten, mehr als bisher für die praktische Förderung dieses Verkehrs zu unternehmen.

Die Frauenkonferenz, die dem Kongress vorangeht, wird sich vor allem mit drei Fragen beschäftigen: Die Rückvergütung und die Preispolitik, eine für die Frauen sehr wichtige und fast immer mißverständliche Frage, die nur eine weitgehende und umfassende Erziehung der Frauen so lösen kann, daß dem Einzelinteresse das Gesamtinteresse nicht untergeordnet werden muß. Die Familienwäsche und die besten Formen einer Organisation, die die Hausfrauen vom Waschartag befreit, ist der zweite Punkt der Tagesordnung. Als dritter Punkt wird die Frage des Nährwerts der Lebensmittel und der Kampf gegen Lebensmittelfälschungen behandelt werden. Die Referate werden in drei Sprachen als Broschüren erscheinen und stehen jedermann zur Verfügung. (Die deutsche Ausgabe gelangt durch die Österreichische genossenschaftliche Frauengilde, Wien I, Ebnendorfer Straße 7, gegen Bezahlung der Spesen zur Verfügung.)

Die anderen Konferenzen und Tagungen werden sich mit rein technischen Fragen befassen. Jedenfalls wird eine Fülle von neuen Anregungen und neuen Erfahrungen von diesen Konferenzen ausgehen und der immer stärker werdenden Genossenschaftsbewegung neue Impulse zu Fortschritt und Aufstieg geben.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

| vom 19. Juli. | | | |
|----------------------------|---------|----------------------------|--------|
| 1 Pfund Sterling..... | 20,42 | 100 franz. Francs | 18,46 |
| 1 Dollar | 4,21 65 | 100 holl. Kronen | 12,47 |
| 100 holl. Gulden | 169,52 | 100 schweiz. Francs..... | 80,955 |
| 100 Belg. = 500 Franken .. | 58,48 | 100 Pesetas | 71,83 |
| 100 norm. Kronen | 10,593 | 100 schwed. Kronen | — |
| 100 Danzig. Gulden | 81,44 | 100 Pers. | 79,34 |
| 100 Pre. | 22,82 | 100 österr. Schilling..... | 59,14 |
| 100 dän. Kronen | 112,54 | 100 Estn. | 46,925 |

Wasserstand

| 19. Juli. | | | |
|-----------------------------------|-------|---------------------------------|------|
| Rattbor | 2,22 | Kantern (Unter-Regel)..... | 4,22 |
| Neisse (Stadt) vom 19. 7. | +0,22 | Dobersdorf | 3,51 |
| Neisse (Mündung) (Unter-Regel) .. | 2,23 | Abflussmenge sekundlich 343 cbm | |
| Brieg (Kraftzentral) | 3,07 | Fürstentum vom 18. 7. | 1,76 |
| Teich | 1,63 | Wasserwärme + 21,0 | |



Schmutz und Staub werden von der Haustür weggefegt. Die Vorübergehenden bekommen ein Teil davon ab und haben ihn dann in Kleidern, Gesicht und Haar. Wenn Sie deshalb Ihre Kleider tüchtig ausklopfen, Ihr Gesicht waschen — müssen Sie folgerichtig auch Ihr Haar reinigen. Tun Sie das? Waschen Sie es regelmäßig mit „4711“ Kopfwasch-Pulver? Sein voller, milder Schaum reinigt das Haar mühelos und befreit es gründlich von Schuppen und Staub.

Nur echt mit der gez. gesch. „4711“ (Blau-Gold).



4711 Kopfwasch-Pulver

Ein Beutel-30 Pfg.-reicht für zwei gründliche Waschungen.

Leihweise elegante Rod- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
 Schneidemeister
 Bischoffstraße 3.

Anzug-Zutaten
 4 bis 12 Mt., Mittel Mt. 48 bis 90 Pf., Weinwand Mt. 35 Pf. bis 1.20 Mt., Vermeilfutter Mt. 48 Pf. b. 1.40 Mt., Garn 1000 Mt. 25-70 Pf., 100 Suppenmesser 3 Mt., Wrat-Schmuckstücke 100 Paar 2.00 b. 8.00 Mt., Anzüge 200 3-10 Pf., Reisekoffer 15 Pf., Detail und Engros
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16
 Filiale: Oberstraße 17.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
 Florstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenanlagen
 (Kontostempel)

Am 16. Juli, abends 6 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder und Schwager, der

Korrektor

Hugo Fiering

im Alter von 65 1/2 Jahren.

Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, tiefbetrübt an
Breslau, Krefeld, den 18. Juli 1927

Anna Berle, geb. Fiering
Berta Wolf, geb. Fiering
Agnes Bernhardt, geb. Fiering
Mara Pohl, geb. Fiering
Hermann Wolf
Wilhelm Pohl

Beerdigung Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen aus.

Am Sonnabend starb nach nur kurzem Kranklager an den Folgen einer Operation unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der

Korrektor

Hugo Fiering

im Alter von 65 1/2 Jahren.

Mit Hugo Fiering verlieren wir einen guten und braven Menschen, dessen Andenken wir jederzeit hochhalten werden.

Druckerei und Verlag der Volkswacht.

Nach einem arbeitsreichen Leben, das, weit über seinen Beruf hinaus, auch der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung galt, verschied am Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, an den Folgen einer Operation unser lieber alter Freund, Kollege und Mitarbeiter, der

Korrektor

Hugo Fiering

im Alter von 65 1/2 Jahren.

Durch seine stets Hilfsbereitschaft und seinen ehrenvollen, geraden Charakter wird er uns unvergesslich bleiben.

Breslau, den 19. Juli 1927.

Das gesamte Personal der Volkswacht-Druckerei.

Beerdigung Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen aus.

Lieblich-

Theater.
Täglich 20,15 Uhr:
Die erfolgreiche Revue
20 Jahre Nelson
mit den neuen Einlagen:
„Adalbert was hast Du in der Tüte?“ — „Das Tempo unserer Zeit.“ — „Morgen nicht zu spät, mein Schatz.“ — „Das Mädch. m. d. Knabenfigur.“

Schauspielhaus.

Operettenbühne.
Tel. Stephan 38300.
Dienstag 8 Uhr:
Zum 25. Male:

„Drei arme kleine Mädel“
Mittwoch und täglich 8 Uhr:

„Drei arme kleine Mädel“

Victoria-

Theater — Rg. 2297
8 1/2 Uhr noch im Saal!
Jugendl. verboten!

Liebes-Reigen

über Liebe, ihre Ab- und Umarten.
Billetts gegen Revers.
In Vorbereitung:

Rasputin

und 8847
Zur Nikolaus Untergang
Variété-Kino Eintritt frei

Dichter-Schlacht

Der Mann mit dem Straußennagen — Marga Cobel — Die lustige Crochta

Vom Faß!

Himbeersaft p. Ltr. RM. 1.65
Zitronella p. Ltr. RM. 1.65
Orangende p. Ltr. RM. 2.00

Fruchtsaffran
Herzberg & Co.
Breslau, Michelsstr. 48

Bücherplatz 17
Klosterstr. 3
Leibnizstr. 10

Exzerpte ergötzen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Hochsee-Fischküche

und
Wiener Restaurant
Bücherplatz 6/7

Haase-Bier

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Material und die Randbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Bruchheilung

von Behörden bestätigt!
Ohne Operation, ohne Berufsstörung!

Dem „Hermes“ Ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung Hamburg beständige ich, daß mein Bruchleben durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten, dies bestätigt hiermit Frau Hildegard, Tischler, Seidenhof, Nr. Wallenhai, 27. Aug. 1926. Hierdurch bestätige ich, daß mein seit 17 Jahren bestehender Brustbruch, welcher bis zum 5. J. 1909, binnen einem halben Jahre durch das ärztl. Institut „Hermes“ völlig geheilt ist. Alle vorher angewandten Maßnahmen waren erfolglos. J. S., Ratibor, Bahnhofstraße 8, 17. 1. 27. Hierdurch bestätige ich, daß mein Nabelbruch nach 1/2-jähriger Behandlung durch das ärztl. Institut „Hermes“ geheilt ist. Sophie Borst, Dypeln, 31. 3. 1927. Mehr 160 amtlich beglaubigte Zeugnisse befinden sich vor der Sprechstunde aus. Sprechstunde unseres approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes in Breslau: Sonnabend, den 23. Juli, vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 2—7 1/2 Uhr. Sonntag, den 24. Juli, vorm. von 9—12 Uhr, Hotel Hauptbahnhof, Ernststr. 11. **D. S. S.**: Im Institut Eplanade 6, täglich von 10—12 Uhr nachmittags und von 4—5 Uhr nachmittags (außer Sonnabends nachmittags und Sonntags). „Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6. (Dr. S. S. Wenz.) Wir wamen vor Putschern, die uns nachzumachen versuchen, ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen. 8834

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Uethweisse elegante
Trad- u. Mod- Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. N. 1300
früher Albrechtstraße.

Kleine Anzeigen

finden prompt gelesene ein- und zweifache Anzeigen von 10 bis 100 Pf. in der „Volkswacht“ u. z. nur von Privat. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige.

Große Singer-Nähmaschine, 150 N., Balchisch mit Marmor und Beiführer mit auslegbarer Watte für 40 N., zu verkaufen Polsterstraße 43, l. rechts. 567

Sonderangebot! Philosophische Reihe Sonderangebot!

Philosophische Reihe

Herausgegeben von Dr. Alfred Werner.

- Bd. 1: Einführung in die Philosophie. Von A. Werner
- Bd. 3: Die Philosophie Friedrich Nietzsches. Von A. Werner
- Bd. 4: Ibsen und Strindberg. Von E. v. Aster.
- Bd. 5: Schopenhauers Ideenlehre. Von W. Oehlke.
- Bd. 6: Goethes Weltanschauung. Von Th. Kappstein.
- Bd. 7: Praktische Philosophie. Von A. Werner.
- Bd. 8: Schillers Weltanschauung. Von Th. Kappstein.
- Bd. 9: Theosophie. Von H. Tiefenbrunner.
- Bd. 10: Einführung in die Philosophie Descartes. Von A. v. Aster.
- Bd. 12: Gottesvorstellungen großer Denker. Von H. Schwarz.
- Bd. 15: Scholastiker. Von O. Wichmann.
- Bd. 16: Die klassisch-deutsche Bildungswelt. Von E. Bergmann.
- Bd. 19: Rudolf Steiner. Ein Kämpfer gegen seine Zeit. Von Ernst Boldt, München.
- Bd. 20: Schleiermachers Weltbild und Lebensanschauungen. Von Theodor Kappstein, Berlin.
- Bd. 22: Die romantische Idee im heutigen Deutschland. Von Dr. Jul. Bud. Kaim, München.
- Bd. 24: Frauenbewegung und -Erziehung. Von Dr. Ilse Reicke, Berlin.
- Bd. 27: Die Erlösungslehre Schopenhauers. Von Prof. Dr. Ernst Bergmann, Leipzig.
- Bd. 28: Dostojewski. Von Michael Grusemann, Berlin.
- Bd. 29: Psychologische Probleme. Von Dr. Jul. Bud. Kaim, München.
- Bd. 30: Paul Claudel und Romain Rolland. Neufranzösische Geisteswelt. Von Dr. Helmut Hatzfeld, Heidelberg.
- *Bd. 31: Aufstieg oder Untergang der abendländischen Kultur. Von Dr. F. Koehler, Berlin.
- *Bd. 32: Von Luther bis Steiner. Von Ernst Boldt, München.
- Bd. 33: Die Homerische Philosophie. Von Thassilo v. Scheffer, München.
- Bd. 34: Einführung in die Psychologie. Von Prof. Dr. Alfred Bruns, Münster i. W.
- Bd. 35: Die Philosophie Spinozas. Von Dr. Jul. Bud. Kaim, München.
- Bd. 36: Probleme der modernen Dramatik. Von Prof. Dr. Alfred Klar, Berlin.
- Bd. 37: Die Hinkenschule vom gegenwärtigen Standpunkt der Schulreform. Von Studienrat Dr. Erich Witte, Berlin.
- Bd. 38: Philosophie der Kunst. Von Dr. Alfred Werner, Danzig.
- Bd. 39: Schöpferische Funktionen des Geistes. Von J. K. v. Hoeßlin, München.
- Bd. 40: Einführung in die Sprach-Philosophie. Von Dr. H. Hatzfeld, Heidelberg.
- Bd. 41: Der Sinn der Literaturwissenschaft. Von Dr. Jul. Bud. Kaim, München.
- Bd. 42: Platon. Von Prof. Dr. Albert Goedeckemeyer, Königsberg.
- Bd. 43: Die pädagogische Bewegung d. Gegenwart. Von Prof. Dr. Bud. Lehmann, Breslau.
- Bd. 44: Beethovens. Von Michael Grusemann, Berlin.
- Bd. 45: Raum und Zeit in der Geschichte der Philosophie. Von Prof. Dr. E. v. Aster, Gießen.
- Bd. 46: Jakob Friedrich Fries. Seine Philosophie und seine Persönlichkeit. Von Dr. Meinhard Hasselblatt, München.
- Bd. 47: Bewußtsein, Unbewußtes, Unterbewußtes. Von Dr. K. J. Gran, Berlin.
- *Bd. 48: Aristoteles. Von Prof. Dr. Alb. Goedeckemeyer, Königsberg.
- *Bd. 49: Wille u. Freiheit. Von Dr. O. Wichmann, Halle.
- Bd. 50: Leib u. Seele. Von Prof. Dr. H. Schwarz, Greifswald.
- Bd. 51: Philosophie der Ehe. Von Th. v. Scheffer.
- *Bd. 52: Indischer Geist und Christliches Heil. Von P. F. Koehler.
- Bd. 53: Jean Jacques Rousseau. Von H. Hatzfeld.
- *Bd. 54: Hegel. Von H. Brunswig.
- Bd. 55: Die indischen Religionen. Von J. Richter.
- Bd. 56: Geschichte der franz. Aufklärung. Von H. Hatzfeld.
- *Bd. 57: Das allgemeinste Entwicklungsgesetz. Von Petzold.
- Bd. 58: Der Staat als Problem der Weltanschauung. Von E. Eppich.
- Bd. 59: Wesen u. Bedeutung des Individualismus. Von F. Koehler.
- Bd. 60: Nietzsche für und gegen Vaihinger. Von W. Liebmann.
- Bd. 61: Der Wert des Werkes Christi für die Religion. Von P. F. Koehler.
- *Bd. 62: Christentum und Sozialismus. Von E. Boldt.
- *Bd. 63: Weltanschauung aus dem Geiste des Kritizismus. Von Weidenbach.
- *Bd. 64: Sozialphilosophie. Von O. Wichmann.
- Bd. 65: Philosophisches Lexikon. Von K. Wagner.
- Bd. 66: Steiner und das Epigonentum. Von Boldt.
- Bd. 67: Bernard Shaw. Von Nicolaysen.
- *Bd. 68: François Rabelais. Von H. Hatzfeld.
- Bd. 69: Psychologie des Selbstbewusstseins. Von G. Lehmann.
- Bd. 70: Hebbel. Von J. Bab.
- Bd. 71: Literarische Geschmacksbildung. Von L. Schücking.
- Bd. 72: Das Drama. Von K. Goldschmidt.
- Bd. 73: Der französische Symbolismus. Von Hatzfeld.
- Bd. 74: Weltanschauung und Lebensführung. Von F. Koehler.
- Bd. 75: Goethes Faust. Von E. v. Aster.
- Bd. 76: Johannes Rehmke. Von S. Hochfeld.

Jeder Band geb. nur 50 Pf., mit * bezeichnete Bände nur 60 Pf.

Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5 Mod. Antiquariat Neue Taschenstr. 11

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Am 16. Juli verschied unerwartet unser lieber Kollege, der Korrektor

Hugo Fiering

(i. Fa. „Volkswacht“) im Alter von 65 1/2 Jahren.

In einer mehr als 45-jährigen Mitgliedschaft hat der Verstorbene treu zur Organisation gehalten und während dieser Zeit, davon viele Jahre als Funktionär, selbstlos und zielbewußt für die Organisation gewirkt. Wie selten einer hat es der Verstorbene verstanden, sich durch seine Charaktereigenschaften die Achtung und die Sympathien aller, die ihn kannten, zu erwerben. Seine Verdienste und seinen Namen werden wir in steter ehrender Erinnerung behalten.

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krematorium in Gräbschen aus statt. Einlasskarten zur Trauerfeier sind in unserem Büro zu haben.

Die Sänger des Vereins „Gutenberg“ werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. 5591

Am Sonnabend, dem 16. Juli, verstarb plötzlich und unerwartet an den Folgen einer Operation unser langjähriger Parteigenosse, der Korrektor

Hugo Fiering

im Alter von 65 1/2 Jahren. 5590

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krematorium in Gräbschen aus.

Trauerhaus: Auguststr. 16. District 2.

Buchdrucker

Hugo Fiering

im Alter von 65 1/2 Jahren. 5595

Seine Pflichten innerhalb der Partei bis ins hohe Alter hinein und sein jederzeit beschicktes Wortsichern um bei uns ein dauerndes Andenken.

Die Genossinnen und Genossen des Districts 2 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 20. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen aus.

Arbeitsamt

Genbere Spinnmähern
mit 12 Spinn, 12 Spinn
Preis 12,-

Singer

Streichner

für sofort gesucht
Küchener, Schützinger
Str. 15

Genossen!

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der

Volkswacht

Genossen

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich
kann die Dr. gütige Schick von
unserem wertvollen Wert erhalten!
Und das sofort an uns!

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Juli.

Die Organisation der Milchversorgung

Trotz der umfassenden Propaganda für den Milchabsatz steht es mit der Hygiene in der Milchproduktion und -verteilung noch vielerorts sehr schlecht. Das ergab die zweitägige Sachverständigenkonferenz über diese Fragen, die in der vorigen Woche am Enqueteauschuss stattfand. In einer Reihe von Städten, die entgegen den sozialdemokratischen Forderungen noch immer nicht genügend Aufmerksamkeit auf die Milchversorgung gewendet haben, liegt diese immer noch sehr im Argen. Vorwiegend ist die Milchversorgung in Mannheim organisiert. Nach dem Kriege, als die großen Abmelkwirtschaften stilllagen, mußte man die Milch aus vielen Orten zusammenholen. Es kam vor, daß zwei Drittel dieser Milch in faulem Zustande in der Stadt eintrafen. Die Säuglingssterblichkeit grassierte. Da griff man mit einer großzügigen Kommunalisierung ein, die den Einkauf, die Prüfung, Säuberung und die Kühlung der Milch mit modernsten Einrichtungen übernahm. Eine weitere Kontrolle findet auf dem städtischen Milchhofe statt. Milchstände, die früher im Einzelverkauf zu beobachten waren, wurden durch ein zweckmäßiges Konzessionsystem bald abgestellt. Mannheim bekommt jetzt nicht nur gute Milch, es vermochte sogar der Volksgesundheit den wichtigen Dienst zu leisten, daß in seinem Bereich die Säuglingssterblichkeit weit unter den heutigen Reichsdurchschnitt gesetzt wurde, nachdem sie früher wesentlich darüber gestanden hatte.

Daß das Interesse der Kommunen leider noch immer nicht genügend auf diese Fragen eingeht, ergibt sich aus der Tatsache, daß eine wiederholte Umfrage des Deutschen Städtebundes auf diesem Gebiet nur acht Antworten brachte. Der Enquete-Ausschuss wird nun eine besondere Erhebung über die Milchfrage veranstalten. Ohne ein Reichsgesetz für die Milchversorgung, wie es Genossin Wurm wiederholt im Reichstag und auch als Sachverständige in dem Ausschuss verlangte, wird es dabei freilich nicht abgehen. Vor allem ist die Entkeimung der Milch durch Pasteurisierung eine Vorbedingung für die Steigerung des Absatzes. 30 Prozent der in Deutschland zur Schlachtung kommenden Rinde sollen nach den Angaben eines Sachverständigen tuberkulosekrank sein. In Breslau ist nach dieser Richtung hin auch noch manches zu tun. Die Entkeimung der Milch durch Pasteurisierung wird bis jetzt nur in den größeren Betrieben wie der Breslauer Molkerei, den Firmen E. Kroll, Walter, Neugebauer, Henschel und Hofmann durchgeführt. Die Ansteckungsgefahr, zumal für Kinder, ist bei nicht entkeimter Milch außerordentlich groß, da ja die Milch der verschiedenen Rinde miteinander gemischt wird. Dabei erfreut sich freilich heute das mit Magermilch zu fütternde Vieh eines besonderen Gesundheitschutzes durch das Viehschutzgesetz. Die Magermilch der Molkereien muß durch Erhitzen keimfrei gemacht werden, damit die Ferkel, für die sie verwandt wird, nicht tuberkulosekrank werden. Für die menschlichen Säuglinge besteht ein gleichartiger Schutz nicht. Kein Reichsgesetz kümmert sich darum, daß wirklich keimfreie Milch zur Kinderernährung verwandt wird. Den Agrariern liegt das Ferkel eben mehr am Herzen als das Großstadtkind.

Dafür sind sie um so besorgter, daß am Ende die Arbeiterkinder zu viel Milch bekommen könnten. Sie verlangen neue Zollerhöhungen. Im Enquete-Ausschuss wurde eine ganze Reihe von Argumenten vorgebracht, die zeigten, daß die städtische Bevölkerung fortgesetzt unter schlimmen Notständen leiden würde, wenn man die Auslandsmilch noch weiter verleierte.

Wie man sieht, gibt sich hier ein großes Aufgabefeld für den Landwirtschaftsminister Schiele, wenn er seiner Dienstbezeichnung entsprechend Ernährungsminister des Volkes und nicht nur Minister für die Ernährung der Landwirtschaft sein will.

Wohnungsentseuchung bei Tuberkulose.

Vielfach herrscht in der Bevölkerung noch Zweifel und Unkenntnis darüber, bei welcher Stelle die Wohnungsentseuchung bei Tuberkulose anzumelden ist. Nach einem Todesfall beantragt sie der Arzt, der den Kranken behandelt hat, bei der Polizei und die Angehörigen brauchen sich also darüber nicht kümmern. Anders aber im Falle der Wohnungsänderung einer Familie, in der Tuberkulose herrscht. Hierüber seien wir in der letzten Nummer des Breslauer Gemeindeflatlers: „Nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose vom 4. August 1923 ist zwecks Durchführung einer gründlichen Wohnungsentseuchung beim Wohnungswechsel von Lungen- und Kehlkopftuberkulosekranken durch den Haushaltungsvorstand der für die alte Wohnung zuständigen Meldestelle (Lungenfürsorgestelle) mündlich oder schriftlich Mitteilung zu machen.“

Bekanntlich hat der Breslauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose hier solche Lungenfürsorgestellen errichtet, nämlich Sternstraße 6, Paradiesstraße 16/18, Gräbischene: Straße 147 und Striegauer Straße 3. Hier werden auch von Fachärzten kostenlose Untersuchungen gemacht und werden die Wege gezeigt, die zur Bekämpfung der Tuberkulose einzuschlagen sind. Es werden Kuren, Kurbeihilfen, Bestrahlungen, Medikamente usw. gewährt. Für Kinder sind eigene Sprachstunden angelegt und werden dieselben, die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt, für einen geringeren Kostenzuschuß in der Walderholungsstätte Oswig oder gar im vielgepreiseneren Bad Charlottenbrunn untergebracht. So geht alle sechs Wochen ein Transport von 85 Kindern nach dem „Schlesischen Meran“ ab.

Warum jurefreie Kunstausstellung?

Uns wird geschrieben:

In kurzer Zeit wird in Breslau zum ersten Mal eine große jurefreie Kunstausstellung eröffnet, die über 600 Arbeiten von ungefähr 150 Einheimern zeigt. Der Gedanke neben jurisierten Ausstellungen auch solche zu veranstalten, in denen jede eingereichte Arbeit ausgehangen wird, ist nicht neu. In Berlin z. B. ist die jurefreie Kunstschau seit Jahren das Ereignis aller Kunstausstellungen und findet ein großzügiges Entgegenkommen der Behörden bis hinauf zum Kultusministerium. Die Stadt Leipzig hat soeben durch die Vereinstellung von 15.000 Mark ihr großes Interesse an der Veranstaltung jurefreier Kunstausstellungen gezeigt. Die auf das rein kulturelle hingzielende Kunstpolitik der Jurysfreien, ihre lebendige Tätigkeit, ihr großzügiges Programm sind überall anerkannt worden. Es erscheint notwendig, über diese Ausstellungsform ausführlicher zu sprechen.

Das Sterbegeld in der Krankenversicherung.

Wie ja wohl allgemein bekannt sein wird, gewähren die reichsgesetzlichen Krankentassen neben ihren zahlreichen Leistungen (frei ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, Krankegeld, Wochenhilfe usw.) auch Sterbegeld. Gewiß ist das Sterbegeld nicht die wichtigste und auch nicht die ziffernmäßig größte Leistung der Kassen, sie ist jedoch wichtig genug, um auch über sie die Versicherten ein wenig aufzuklären.

Im Gegensatz zu den oft ziemlich verwickelten und unübersichtlichen sonstigen Bestimmungen über die anderen Leistungen, sind die über die Gewährung von Sterbegeld ziemlich einfach und übersichtlich. Es heißt im § 201 der Reichsversicherungsordnung ganz klipp und klar: „Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt.“ Diese Bestimmung ist seit dem Bestehen der Reichsversicherungsordnung (II. Buch, Krankenversicherung) bis heute noch nie geändert worden, während doch sonst alle anderen Leistungsparagraphen seit dieser Zeit des öfteren teils verbessert, teils auch verschlechtert worden sind. Das Sterbegeld wird, wie der Wortlaut des Gesetzes sagt, nur an Mitglieder, also nicht an Familienmitglieder, gewährt. Es ist eine sogenannte „Pflichtleistung“ der Krankentassen. Das Gesetz schreibt vor, daß das Zwanzigfache des Grundlohnes als Sterbegeld gewährt werden soll. Unter „Grundlohn“ versteht man den Durchschnittsverdienst, der vom Ausschuss der Krankentasse für jede einzelne Beitragsklasse festgesetzt ist. Nach diesem Grundlohn werden neben dem Sterbegeld auch die übrigen Barleistungen (Krankegeld, Hausgeld, Taschengeld, Wochen- und Stillgeld) berechnet. Es steht den Kassen jedoch frei, ein höheres Krankengeld zu zahlen, als das Zwanzigfache des Grundlohnes. Dies ist lediglich eine sogenannte Mindestgrenze. Die Mehrzahl der Krankentassen, namentlich die Ortskrankentassen, zahlen ihren Mitgliedern auf Grund ihrer Kassenjahre ein wesentlich höheres Krankengeld, als es dieser Mindestsatz vorsieht. Nach einer Statistik des Hauptverbandes der deutschen Krankentassen vom Jahre 1925 zahlen von rund 1000 (genau 986) Ortskrankentassen 84 das 25fache des Grundlohnes als Sterbegeld, 358 Kassen das 30fache, 8 Kassen das 35fache und 150 Kassen das 40fache des Grundlohnes ihren Mitgliedern als Sterbegeld. Es gewähren also über die Hälfte dieser Kassen ein Sterbegeld, welches bedeutend höher ist, als der im Gesetz festgelegte Mindestbetrag. Die Kassen dürfen dies tun, da ihnen der § 204 der Reichsversicherungsordnung die Erlaubnis dazu gibt. Dieser Paragraph lautet: „Die (Kassen-)Satzung kann das Sterbegeld bis zum 40fachen des Grundlohnes erhöhen, auch den Mindestbetrag bis zu 50 Mark festsetzen. Von dem Recht einen Mindestsatz festzusetzen, haben ebenfalls eine ganze Anzahl Kassen Gebrauch gemacht. Dies ist umso erfreulicher und für die Versicherten deshalb vorteilhaft, weil in den niedrigsten Lohnstufen das Sterbegeld bei Berechnung nach einem Mehrfachen des Grundlohnes oft ziemlich niedrig ausfällt. Ist z. B. in der niedrigsten Lohnklasse I der Grundlohn 50 Pf. pro Tag, so würde das Sterbegeld nach dem gesetzlichen Mindestmaß 10 Mark (50x20) betragen. Haben die Kassen einen Mindestbetrag festgelegt, so wird in diesen Fällen eben dieser gezahlt.“

Eine sehr wichtige fernere gesetzliche Vorschrift ist in weiten Kreisen leider viel zu wenig bekannt. Es ist dies der § 202 des oben erwähnten Gesetzes. Es heißt in diesem Paragraphen: „Stirbt ein als Mitglied der Kasse Erkrankter binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld gezahlt, wenn er bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist.“

Wird also ein Versicherter von einer Krankentasse „ausgesteuert“, das heißt, daß er für die längste Dauer der in der Satzung vorgeschriebenen Zeit Krankenhilfe erhalten hat und nun nichts mehr erhält, so hat er trotzdem an die Kasse Anspruch an Sterbegeld, wenn der Tod innerhalb eines Jahres vom Tage der „Aussteuerung“ ab gerechnet eintritt. Voraussetzung

Jede Art, Kunstausstellungen aufzubauen, hat ihre Vor- und Nachteile und ist in ihrer Wirksamkeit an die gerade bestehenden Verhältnisse im Kunstleben gebunden: die Jurysfreie hängt jede eingelebte Arbeit, gleich welcher Kunstströmung. Jede Tyrannie eines Richtungszwanges kommt in Fortfall. Der Unbekannte hat Gelegenheit, seine Werke zu zeigen, der ernst strebende Künstler findet ideale Förderung. Diese sichere Ausstellungsmöglichkeit schafft dem Künstler Beruhigung zu freier, selbstgeleiteter Entwicklung.

Bei der großen Menge Anschauungen, in denen die Künstler schaffen, werden naturgemäß die Meinungen bei einer Jurysausstellung auseinandergehen. Oftmals trägt der Urteilspruch den Stempel der stärksten Persönlichkeit der Jury. Wie es die Erfahrung gezeigt hat, ist die Ablehnung einer Arbeit durchaus kein Werturteil. Jede Ausstellung wird Minderwertigkeiten in sich bergen. Vielleicht ist es sogar nicht einmal klug, ein „Niveau“ anzustreben, das leicht zur Revellierung führen kann, die Vergleichsmomente und Maßstab für die Größe einer Leistung vermissen läßt. Der Jurysfreie ist nicht daran gelegen, den Unterschneidungskünstler zu fördern, wie sie auch keine Gleichstellung aller Kunstwerke hinsichtlich Qualität anzurät. Aber ihre Aufgabe, die verschiedenartigsten Dinge zusammenzubringen, ist sicher reizvoll genug, wie auch Nachteile durch die Vorteile aufgewogen werden, daß die Künstler in lebendigem Wettkampf stehen, ihr Allerbestes unter eigener Verantwortung zu zeigen.

Die zur Zeit in Berlin eröffnete große Kunstausstellung, in der das Kartell (die zusammengeschlossenen Künstlervereine) und die „Jurysfreie“ gemeinsam ausstellen, zeigt für den, der sehen will, ganz deutlich die Überlegenheit der jurysfreien Ausstellungsform. Die gesunde Lebensberechtigung der jurysfreien Ausstellungsform verdient daher auch in Schlesien die tatkräftigste Unterstützung der großen Öffentlichkeit und der Behörden.

Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande.

Wegen angeblicher Beleidigung des Kreis-Wohlfahrtsamtes Militisch hatte sich am Sonnabend Genosse Datz vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. In Schwentzschine bei Militisch hatte die Tochter einer Kriegervitwe ein uneheliches Kind geboren. Wiederholte Anträge um eine Unterfütterung wurden abgelehnt, weil der Gemeindevorsteher Tschetschorke eine Bedürftigkeit verneinte. Die Kriegervitwe bezog 134 Mark monatliche Pension, was für Schwentzschine bezog das noch in die Schule geht, war eine lehrjahrsfähige Tochter das noch in die Schule geht, war eine lehrjahrsfähige Tochter. Die Behörde verurteilt, war lange Zeit zu Hause. Dazu kam die schwangere Tochter nach Hause; 25 Mark mußten allein an die Hebamme bezahlt werden, da die Tochter die Weiterverficherung in der Krankentasse verabsäumt hatte. So war höchstbedauerliche Not in der Familie eingetreten, und schließlich starb das Kind, ohne daß ein Arzt zu Rate gezogen werden konnte. Unser Bericht hierüber lagte zum Schluß:

Das Kind, welches den ganzen Streit verursachte, zog es nach kurzer Krankheit vor, diesem famosen Stückchen Welt den Rücken zu kehren, und starb. Eine große Schuld trifft hier das Jugendamt! Nach 5 Monaten ist es immer noch nicht möglich, den Vater zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Ob

hierzu ist allerdings, daß der Versicherte während dieser Zeit (also bis zum Tode) arbeitsunfähig krank war, und daß er an derselben Krankheit gestorben ist. Diese Bestimmung ist leider viel zu wenig bekannt: Viele Versicherte gehen deshalb ihres Anspruchs verlustig, da sie ihn bei der Kasse nicht beantragen. Das Sterbegeld muß die Kasse an die Verlorenen zahlen, die das Begräbnis des verstorbenen Mitgliedes besorgt. Dies braucht nicht unbedingt ein Verwandter des Verstorbenen zu sein. Bleibt ein Uebersehener des Krankengeldes nach Abzug der Bestattungskosten, so sind naheinander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Wenn derartige Bezugsberechtigte nicht vorhanden sind, so wird der Uebersehener überhaupt nicht ausgezahlt, sondern verbleibt der Kasse. Den Begriff „nicht mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben“, darf man nicht so eng auslegen. Es kann sehr wohl der Fall eintreten, daß der Versicherte ein halbes Jahr im Krankenhaus liegt und darin stirbt, oder daß der verstorbene Ehemann in einem weit entfernten Orte gearbeitet und gewohnt hat und ihn nur die heute so sehr fühlbare Wohnungsnot gezwungen hat, seine Familie nachkommen zu lassen. In diesen und ähnlichen Fällen muß man die erforderliche Voraussetzung, „das Leben in häuslicher Gemeinschaft“, ebenfalls als erfüllt ansehen. Wie bereits eingangs erwähnt, gelten alle diese Bestimmungen nur für den Todesfall der Kassenmitglieder selbst.

Die Reichsversicherungsordnung sieht nicht vor, daß auch Sterbegeld gewährt werden muß, wenn ein Familienmitglied (Frau, Kind) des Versicherten stirbt. Die Zahlung von Sterbegeld beim Tode eines Familienmitgliedes ist eine sogenannte „Kann- oder Mehrleistung“ der Kassen. Der § 205b der RVO. bejaht hierüber: Die Satzung kann zubilligen: Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes des Versicherten. Es kann für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für ein Kind bis auf die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes bemessen werden und ist, um den Betrag zu kürzen, auf das der Verstorbene selbst gleichlich versichert war.“ Diese Bestimmung ist nun für den Laien schon etwas schwer verständlich. Während die Gewährung des Mitgliedersterbegeldes (siehe oben) vom Nachweis einer bestimmten Mitgliedsdauer nicht abhängig gemacht werden darf, kann die Kassenjahre bei der Auszahlung des Sterbegeldes für Familienangehörige eine bestimmte Mitgliedsdauer vorschreiben, da es sich hier um eine freiwillige Leistung der Kasse handelt. Für das Sterbegeld für Familienangehörige ist im Gegensatz zum Mitgliedersterbegeld kein Mindest-, sondern ein Höchstmaß vorgeschrieben. So darf das Sterbegeld beim Tode eines Ehegatten zwei Drittel und das Sterbegeld beim Tode eines Kindes die Hälfte des in der betreffenden Klasse zu zahlenden Mitgliedersterbegeldes nicht übersteigen. War das verstorbene Familienmitglied selbst Mitglied der Kasse, so bekommt es nur einmal Sterbegeld. Es wird dann stets der Satz gezahlt, der höher ist, als entweder das Sterbegeld auf Grund der eigenen Mitgliedschaft oder das Familiensterbegeld. Wie wir also sehen, ist das Familiensterbegeld eine freiwillige Leistung der Krankentassen. Erfreulicherweise haben jedoch eine ganze Anzahl der Ortskrankentassen diese Leistung eingeführt. Die oben bereits erwähnte Statistik gibt an, daß von 986 Ortskrankentassen nicht weniger als 604 Kassen Familiensterbegeld gewähren. Die Höhe des Sterbegeldes ist ganz verschieden. Eine Aufzählung der einzelnen Höhen und Beträge dürfte hier wegen des chronischen Platzmangels der Zeitungen nicht angebracht sein.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen für beide Arten von Sterbegeld. Bei der Gewährung des Sterbegeldes spielt die Todesursache gar keine Rolle. Die Kassen sind auch verpflichtet, bei Selbstmord, Mord usw. Sterbegeld zu gewähren. Voraussetzung für jede Auszahlung ist, daß der Tod von dem zuständigen Standesamt urkundlich bescheinigt ist. K1-5.

das Jugendamt schon mit dem Tode rechnete? Jetzt steht, daß es an Geld mangelte, um einen Arzt hinzuzuziehen. Wäre der Mutter die Urteilsurteilung bewilligt worden, dann hätten die paar Groschen, die er verdient wurden, für den Arzt gelangt. Wer von diesen Instanzen dieses Kind auf dem Gewissen hat, bleibt dem Urteil des Lesers überlassen. Dies ist einer von vielen Fällen, die auftreten. Nach dazu bei einem Wohlfahrtsausschuss, der bei der Behörde in Schutz genommen wird (!). Herr Landrat, hätten Sie es immer noch nicht für notwendig, eine Kreis-Vorsorgeeinrichtung anzustellen??? Es ist höchste Zeit, daß die Angaben verschiedener Wohlfahrtsausschüsse endlich einmal energig geprüft werden, damit solche Dinge nicht mehr vorkommen.“

Da sich das Wohlfahrtsamt Militisch angelehnt seiner Schuld noch mit einem Prozeß freizugehen, ließ Genosse Datz neben Zeugen noch Stadtrat Tisch vom Breslauer Wohlfahrtsamt als Sachverständigen laden. Dessen Gutachten ging dahin, daß zwar bei 134 Mark Pension eine allgemeine Notlage nicht vorgelegen habe, aber die Umstände ließen doch eine augenblickliche Not als möglich erscheinen. Es sei durchaus möglich, daß das Kind wegen der Verweigerung einer Unterfütterung gestorben sei. Eine besondere Schuld trifft das Wohlfahrtsamt aber, weil sich in den fünf Monaten seines Lebens niemand um das Wohlergehen des Kindes bekümmert hat, obwohl uneheliche Kinder stets als gefährdet gelten. Das Wohlfahrtsamt Militisch sei seines Willens auch das einzige, das noch keine Kreiswohlfahrtsauflegerin bezieht, deren Aufgabe es anderwärts ist, sich besonders um das Wohl der unehelichen Kinder zu kümmern.

Trotz diesem, für das Kreiswohlfahrtsamt Militisch geradezu vernichtenden Gutachten, drängte es der Staatsanwalt fertig, eine Geldstrafe von 100 Mark zu beantragen.

Rechtsanwalt Bandmann plädierte für Freisprechung. Die Vernachlässigung der Wohlfahrtspflege im Kreis Militisch sei um so schlimmer zu bewerten, als dieser Kreis sehr zahlungsfähige Grundbesitzer umfaßt.

Genosse Datz erklärte zuletzt, das Kreiswohlfahrtsamt Militisch hätte 100 Mark Unterstützung zahlen sollen, damit das Kind nicht gestorben wäre.

Das Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe. Es sei möglich, daß das Kind wegen Verweigerung der Unterfütterung gestorben sei. Auch, daß eine Kreisvorsorgeeinrichtung vorhanden sei, so daß sich fünf Monate hindurch niemand um das Wohl des Kindes gekümmert habe, müsse als ein schwerer Mangel angesehen werden. Der Angeklagte habe berechtigte Interessen gewahrt, indem er diese Zustände in der Zeitung rügte. Doch die Frage: „Ob das Jugendamt schon mit dem Tode rechnete?“ ginge über die Wirkung berechtigter Interessen hinaus, weshalb Bestrafung hätte erfolgen müssen.

Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß nach Lage der Sache Bestrafung erfolgen müßte, sondern anderes Erachtens hätte Freisprechung erfolgen müssen. Das Kreiswohlfahrtsamt wird nicht trüben das Urteil nicht hinter den Spiegel heben können. Hoffentlich kommt man künftig seiner sozialen Verpflichtungen besser nach. Genosse Bandmann hat mit Recht auf die reichten Grundbesitzer des Kreises verwiesen, so daß die Wohlfahrtspflege dort muntergütig sein könnte.

Aus aller Welt.

Der Wiener Polizeipräsident Schober



dem ein großer Teil der Schuld an den Ereignissen beigemessen wird.

Neues Unwetter in Berggischhübel.

Am Sonntag abend ging über das unglückliche Städtchen Berggischhübel im östlichen Erzgebirge ein neuer Wolkenbruch nieder, so daß die Gottleuba innerhalb kurzer Zeit von 55 auf 1300 Zentimeter anstchwoll. Nahezu sämtliche Kottstege und Kottbeuten wurden wieder weggerissen und ein großer Teil der Stadt überschwemmt. Der Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Schweres Unwetter auch über Rottbus und Umgegend.

Sonnabend und Sonntag wütheten über Rottbus und Umgegend schwere Gewitter. Die niedergegangenen Regenmengen richteten große Verwüstungen an. Aus den umliegenden Ortschaften von Rottbus wird überall Hochwasser gemeldet, das gewaltigen Schaden verursacht hat. Besonders schwer wurde die Stadt Feitz heimgesucht. Viele Häuser stehen vollkommen unter Wasser.

Wie man mit frechen Hakenkreuzlern fertig wird.

Eine üble Erfahrung mußte der bekannte Provokateur der Hakenkreuzler, der ob seiner Aufreizung zu Gewalttätigkeiten in der Mark Brandenburg nicht mehr reden darf, am Sonnabend in Augsburg machen. Er war hier zu einer Versammlung eingeladen worden und hatte, als die „Ehrenkompanie“ der Hakenkreuzler ihn zur Versammlung abholte, eben erfahren, daß im Gastraum des von ihm als Abteilungsquartier gewählten Hauses der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordnete Simon Schwaben als Gast anwesend war. Im Vertrauen auf die Anwesenheit der „Ehrenkompanie“ stürzte Göbbel mit einem Halbduzen seiner Anhänger in das Lokal, um Simon in rüpelhafter Weise zu begrüßen. Er hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn während Simon sich die Belästigung in entscheidender Weise verbat, erschien der auf den Vorgang aufmerksam gewordene Wirt, packte den Krachler an den Kragen und beförderte ihn eigenhändig an die frische Luft — angelehnt an die Ehre Dr. Göbbels erschienenen Ehrenkompanie. Es ist bezeichnend, daß der den Aufmarsch überwachende Polizeileutnant nicht im Lokal erschien, als Göbbel mit seinen Begleitern zum Zweck der Ruheherstellung in das Lokal eingedrungen war, sondern erst später, um dem Wirt — Vorhalte zu machen!

Ubele freigesprochen.

Der sechste Tag des Ubele-Prozesses brachte am Montag die Plaidoyers des Staatsanwaltes und der Verteidiger. Zuvor wurden noch zwei wichtige Zeugen nachträglich vereidigt: Ubeles Heizer Schroedel, der bekundet, er habe das Signal auf freie Fahrt gesehen, und der Blutwarter Werbach, der erklärte, das Signal habe auf Halt gestanden. Rechtsanwalt Kibinger fügte aus, daß Ubele nicht der Verantwortliche für das größte Unglück sein könne. Seine ganze Persönlichkeit und seine hervorragenden, langerprobten Eigenschaften als Lokomotivführer ließen diesen Schluß nicht zu. Ubele habe sich in seinem ganzen Leben einseitig bewährt, und man dürfe annehmen, daß der Mechanismus der Signalapparate verfaßt habe, nicht der bewährte Mann. Niemand habe ein Interesse an der Verurteilung Ubeles. Wichtiger und von höherer Bedeutung sei es, daß die Eisenbahnverwaltung aus dem verhängnisvollen Unglück die notwendigen Lehren ziehe und mit allen Mitteln durch Vermeidung des Sicherheitswesens ähnliche Verfassungen unmöglich mache. Der Verteidiger Frank wandte sich gegen den Wert der Sachverständigen-Gutachten, die er als gefährliche Beweismittel bezeichnete. Das Unglück sei durch Zufall verschuldet, nämlich dadurch, daß die Signalkügel dem Signalhebel nicht gefolgt seien. Beide Verteidiger verlangten Freisprechung des Angeklagten. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete dagegen auf 2½ Jahre Gefängnis. Nach 1½stündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Das Urteil des Schöffengerichts München vom 3. März

wird aufgehoben. Ubele wird von der Anklage der fahrlässigen Transportgefährdung, der 29fachen fahrlässigen Tötung und der 274fachen fahrlässigen Körperverletzung unter Ueberbürdung der Kosten der beiden Instanzen auf die Staatskasse freigesprochen. Dieses Urteil wurde von der zahlreichen Zuhörermenge mit großem Beifall aufgenommen. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Das Beweisverfahren der zweiten Instanz läßt den Verdacht, daß Ubele das Signal überfahren hat, bestehen. Dafür sprechen die Kontrolle und der Befund der Signale. Aber es ist dem Berufungsgericht nicht möglich gewesen, die von Ubele und Schroedel behauptete Tatsache, daß sie in dem maßgebenden Zeitpunkt das Signal auf freie Fahrt gesehen haben, in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu widerlegen. Bei den während der Verhandlung zur Sprache gekommenen Signalförderungsmöglichkeiten sei es nicht von der Hand zu weisen, daß eine solche auch hier vorgelegen habe und daß die Signale dem Hebel nicht gefolgt sind. Es sei nicht möglich, den Zeugen Schroedel und Werbach eine falsche Aussage nachzuweisen.

Der rettende § 51.

Der 23jährige Graf Brahten, in Wotsdam in der Villa Ingenheim des Prinzen Eitel Friedrich wohnhaft, hat ein 7jähriges Mädchen zu notzüchtigen versucht. Das gerichtliche Verfahren gegen ihn ist jedoch auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches eingestellt worden. Der junge Mann bleibt also vor dem Zuchthaus bewahrt. Wie aber wird die menschliche Gesellschaft in Zukunft vor diesem gemeingefährlichen Irren bewahrt? Natürlich nur durch seine lebenslängliche Einsperrung ins Irrenhaus. Es wäre beruhigend für die Öffentlichkeit, so meint dazu die „Welt am Montag“, von berufener Stelle zu hören, daß dies gefährliche Gräschen sich niemals des § 51 als „Jagdschein“ wird bedienen können.

Verurteilte Banderolenschieber.

Vor dem Schöffengericht Dresden fand am Dienstag einer der Prozesse gegen die Fälscher von Zigarettenbänderolen statt. Die Anklage, die auf Tabaksteuerhinterziehung und auf Gebrauch bzw. Vertrieb gefälschter Bänderolen lautet, richtet sich gegen sechs Angeklagte aus Dresden und Umgebung: den aus Griechenland gebürtigen Zigarettenfabrikanten Belkoff, den Tabakfabrikanten Schrier, den Kaufmann Volten, den Zigarettenhändler Fährmann, den Tabakfabrikanten Schmiedgen und den Kaufmann Albert Brüll. Das Verfahren gegen den eigentlichen Fälscher, den Steinbruder Karl Köhler aus Langenschwalbach, mußte abgetrennt werden, da er flüchtig und sein Aufenthalt bis heute unbekannt geblieben ist. Als die Behörden vor einiger Zeit umfangreiche Schieberungen mit gefälschten Tabaksteuerzeichen auf die Spur kamen, stellte sich im Verlauf der Untersuchung heraus, daß sich der Hauptstich der Fälscher in Dresden befinden mußte. Die Fälschungen stammten tatsächlich aus der Werkstatt Köhlers, der bereits 1924 wegen Fälschung von Steuerzeichen zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, dann aber aus Gesundheitsrücksichten im Juni 1925 aus der Strafanstalt beurlaubt worden war. Köhler hat damals seine Fälschertätigkeit sofort wieder aufgenommen und sie bis März 1927, vermutlich in der Tschechoslowakei, fortgesetzt. Der Wert der von Köhler hergestellten und veräußerten Steuerzeichen und damit der dem Reich erwachsene Schaden ist auf etwa 135 000 Mark berechnet worden. In Frage kommen rund 40 Millionen Zigaretten, die mit gefälschten Bänderolen vertrieben worden sind. Von den einzelnen der jetzt Angeklagten sind insgesamt mindestens 4500 Bogen falsche Steuerzeichen bezogen und verkauft worden. Besonders beteiligt an den Schieberungen waren die Angeklagten Schrier, Fährmann und Volten. Vom Staatsanwalt wurden gegen die zum Teil gefändigten Angeklagten Gefängnisstrafen von zehn Monaten bis zwei Jahren sechs Monaten beantragt. Das Urteil lautete gegen Belkoff auf sechs Monate, Schmiedgen zwölf Monate, Fährmann und Volten je ein Jahr acht Monate, Schrier ein Jahr und Brüll vier Monate Gefängnis. Belkoff und Schmiedgen wurden ferner zur Zahlung von je 7200 und je 7600 Mark Geldstrafe bzw. Wertersatzstrafe verurteilt.

Ein bestochener Universitätsprofessor.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Budapest meldet, sollen dort der fürstliche Prälat, Universitätsprofessor Hofrat Dr. Josef Siegescu auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden sein. Er wird beschuldigt, Beamter der Universität zur Annahme von Bestechungsgeldern für Prüfungen usw. angestiftet und die erhaltenen Provisionen mit ihnen geteilt zu haben. Siegescu ist Vizepräsident der ungarischen Regierungspartei und hat während der letzten Parlamentswahlen eine führende Rolle gespielt. Um so größer ist das Aufsehen, das seine Verhaftung erregte.

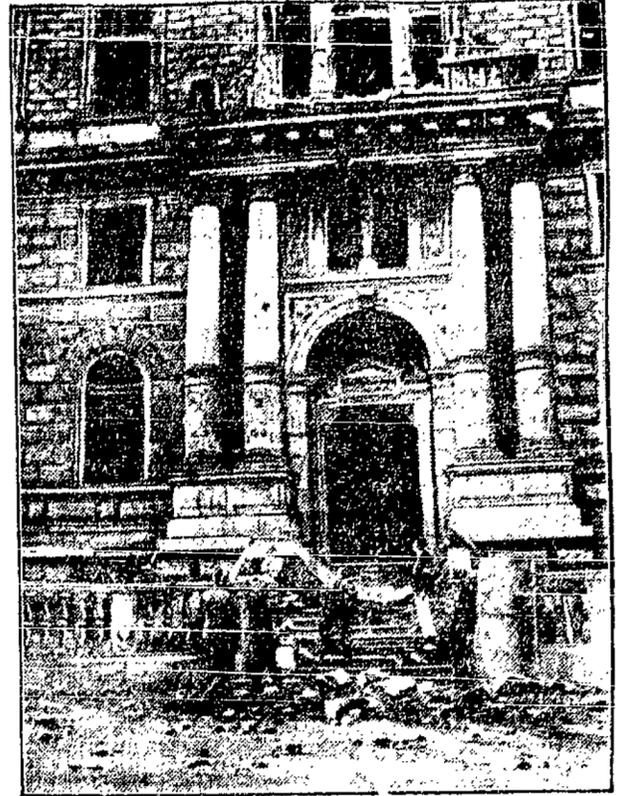
„Kaukas“ — nicht Kowno.

Die litauische Zensurbehörde hat allen in Litauen erscheinenden fremdsprachigen Zeitungen vorgeschrieben, die Landeshauptstadt nur mit ihrem litauischen Namen „Kaukas“ zu benennen und das aus der Zeit der russischen Herrschaft stammende „Kowno“ nicht mehr anzunehmen. Gegen diese Verordnung protestieren mehrere der in Frage kommenden Blätter, besonders die „Jüdische Stimme“, die dabei darauf hinweist, daß z. B. die Polen in ihrem Lande den deutschen Zeitungen nicht vorgeschrieben haben, die bedeutendste Form Warschau durch Warzawa zu ersetzen.

Die Rekordfahrt eines Zuges.

Einen Schnelligkeitsrekord über eine lange Strecke hat eine englische Lokomotive aufgestellt, indem sie von London bis Newcastle auf der Strecke nach Edinburgh, ohne zu halten, durchfuhr und diese Entfernung von 288 englischen Meilen oder etwa 460 Kilometer in 329 Minuten fuhr. Die Lokomotive, genannt der „Mittlere Fuchs“, wurde von einem 69jährigen Führer geleitet, und der Zug erhielt große Ovationen, als er in Newcastle ankam.

Nach den Wiener Unruhen.



Der Eingang zu dem vollkommen ausgebrannten Justizpalast.

Wie ein Zigeunerkönig begraben wird.

Ein Zigeunerbegräbnis in dem überlieferten Ritus fand kürzlich zu Worten in der englischen Grafschaft Leeds statt, als Amos Dwell, der Häuptling des kleinen Zigeunerstammes, der seit Jahren in der Gegend lebte, nach Zigeunerweise zur letzten Ruhe bestattet wurde. Der Verstorbenen war ein reinblütiger Zigeuner und rühmte sich, in gerader Linie von Zigeunerkönigen abzustammen, was sich auch in seinem achtunggebietenden Auftreten und seiner königlichen Haltung zum Ausdruck brachte. Die Zigeuner hatten für ihren Führer einen Begräbnisplatz an einer bevorzugten Stelle des Gemeindefriedhofs angekauft. Der Leiche wurden die Angehörigen, die er zu Lebzeiten getragen hatte, ebenso wie die in seinem Besitz befindlichen Schmuckstücke mit in den Sarg gegeben. Daraus wurde in Gegenwart einer großen Menge trauernder Zigeuner, die aus Leeds, Bradford und den umliegenden Städten zu dem Begräbnis gekommen waren, der Wanderwagen des alten Häuptlings und die gesamte Einrichtung verbrannt und die Asche nach altschwärzlicher Sitte über den Boden gestreut.

Eine Londoner Kellame-Ausstellung.

Die größte Kellame-Ausstellung, die bisher in England veranstaltet worden ist, findet jetzt in London statt. Damit ist eine Verammlung der englischen Anzeigengesellschaft verbunden, an der 2000 Mitglieder, darunter 600 Frauen, teilnehmen. In der Beurteilung der besten Kellamemittel soll die Stimme des Publikums angerufen werden. Ein Preis von 250 Pfund ist ausgesetzt für die beste Begründung der Wirksamkeit eines der ausgetesteten Plakate und ein Preis von 200 Pfund für die Auswahl des besten Ladensentwerfers, von denen 21 Musterbeispiele aufgebaut sind. Den größten Raum nehmen natürlich die Abteilungen der großen englischen Zeitungen ein. In einem besonderen Hause wird die „Kellame der Zukunft“ gezeigt, die sehr eigenartige und phantastische Anregungen enthält.

Die Flieger Chamberlin und Byrd in Newyork.

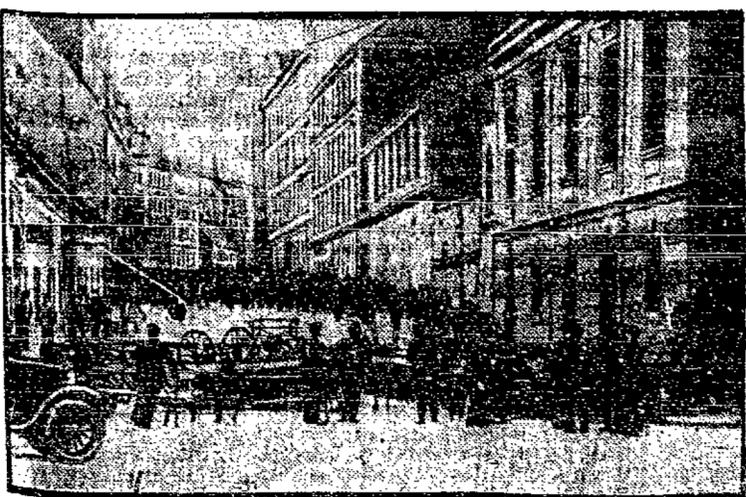
Die Ozeanflieger Chamberlin und Byrd landeten am Batterypark heute um die Mittagsstunde. Die Flieger wurden jubelnd begrüßt. Vor der City Hall überreichte Bürgermeister Walker jedem der beiden Flieger die städtische Tapferkeitsmedaille und begrüßte jeden mit einer Ansprache. Die Leitartikel der größeren Zeitungen sind der Rückkehr Chamberlins und Byrds gewidmet. Am Pier von Batterypark, wo Chamberlin und Byrd landeten, waren außer amerikanischen auch drei französische und drei deutsche schwarz-rot-goldene Flaggen gehißt. Überall, wo offiziell geflaggt wurde, waren — zum ersten Male seit dem Weltkrieg — die deutschen und französischen Flaggen gleichberechtigt aufgezogen.

Die Zahl der Opfer des Erdbebens in Palästina.

Nach dem amtlichen Bericht über das Erdbeben in Palästina und Transjordanien haben in Palästina 200 Personen den Tod gefunden, während 356 schwerer und 375 leicht verletzt wurden. Die Zahl der schwer beschädigten Häuser im ganzen Lande wird auf 1000 geschätzt. Der Regierungspalast hat etwas gelitten, doch sind im allgemeinen die öffentlichen Gebäude wenig beschädigt worden. In Transjordanien zählt man 67 Tote und 102 Verletzte.

Während des Aufstandes in Wien.

Unsere Bilder zeigen: Polizei, die eine Barrikade in der Aspergstraße eingenommen hat; ferner den brennenden Justizpalast, im Vordergrund das Parlamentsgebäude.



Bühne und Film.

Liebig-Theater.

Die große Schlagerrevue „Wanzig Jahre Nelson“ hat, wie zu erwarten war, die beabsichtigte Aufführungsbauer bereits weit überschritten, aber trotzdem nichts an Temperament und Frische und somit an Zugkraft eingebüßt. Sein Ziel, die aufsehende Menge und die musikalische Führung Rudolf Nelsons und Walter Jakschs sorgen für unverminderte Premierenspannung sämtlicher Mitwirkenden. Neuerdings sind zudem durch Einschaltung einiger mehr oder weniger aktueller Schlager aus ohnehin recht stattlichen zwei Programmteilen drei geworden. Es ist selbstverständlich, daß ein Revuekomponist nicht an dem „Walden mit der Knabenfigur“ vorbeigehen kann, ohne es für seine Zwecke zu verwenden. Rechtlich geht es ihm mit dem „Tempo unserer Zeit“. Auch die neuen Kompositionen werden von den Damen Schollner, Walten, Schabl, Böhm und Herrn Vliegen, denen sich das ganze Ensemble, einschließlich der feischen Nelson-Girls, zugesellt, eindringlich wiedergegeben.

Filmschau.

Stieglitz-Sichtspiele. „Gräfin Donelli.“ Dieser große Vortext-Film ist mit Recht noch immer lebendig. Er enthält eine Rolle, in der Henry Fortin die ganze Gata ihrer großen Darstellungskraft, vom Tragischen bis zum Lustigen, vom Lieblichen bis zum Heroischen, zum Ausdruck bringen kann. Aber auch sein Manuskript, ein Gesellschaftsroman von gutem Durchschnitt, sowie die äußere Aufmachung bieten Sehenswertes. Im durchweg vortrefflichen Ensemble tun sich Künstler wie Ferdinand von Alten, Raphael und Brausewetter hervor. — Das Programm wird durch zwei Grotesken, in denen man Harald Lohnd als Soldaten, in Wirklichkeit als einen kleinen Napoleon, sowie als — Jagdlägerin bewundern kann, ausgefüllt. Dazu die netteste „Emella-Woche“.

Kristallpalast. „Ich war zu Heidelberg Student.“ Wenn man die Fülle der Studentenfilme, die über uns geschüttet wird, verfolgt, dann scheint es fast so, als ob das deutsche Volk das tiefe Bedürfnis empfindet, das Sauf- und Raufstudententum bis in seine finsternen Winkel kennen zu lernen. Auch hier wieder ein Film von vielen, die uns altlang eindrucklich einreden wollen, daß zu einer erinnerungsreichen Jugendzeit eben alles gehört, was die Sinne beräuschet und die Breden mit kühnen Schmissen bedeckt. Für den Aufstieg zu Amt und Würden, besonders für die Minderbegabten, ist ja das Farbenstudententum immer ein gutes Sprungbrett gewesen. Das hat allerdings noch kein Film gezeigt. Im Gegenteil handelt es sich um eigentlich belanglose Episoden aus dem Leben und Lieben der Farbenstudenten, wie das auch bei diesem Film der Fall ist. Er ist nicht einmal besonders gestellt, weil eben dem intelligenten Schauspieler die richtige Einstellung in dieses Leben nicht gut möglich ist. Zwischen Bildern, die landschaftlichen Reiz haben, sind einzelne Biquetten eingestreut, die den Text tragen. Man merkt ordentlich, auf welche tönernen Füßen dieser Filmstolz sich den ganzen Abend hinstellt. — Dagegen gibt es auf der Bühne ein flotters Spiel. Man merkt die Hand eines energisch zusammenfassenden Regisseurs, der flott und lustig darauf los spielt: Alfred Habel. Sonst wäre „Frei ist der Burck“, ein lustiges Spiel von R. Notwell, bedeutend weniger fröhlich. Aber hier ist eine Situationskomik wenigstens gut ausgenutzt. Käthe Habel-Reimers, Hallendorfer, Paul Kainer, Alfons Fink und Emmy Beit ergänzen sich in frischem und flottem Spiel.

Druckfehler-Berichtigung. In der gestrigen Filmschau haben sich bedauerlicherweise einige sinnstörende Druckfehler eingeschlichen. Es muß unter Deli-Lichtspiele in der 17. Zeile richtig: wo Kleider, Sätze und Autos genormte typisierte amerikanische Ideologie heißen.

Ihr bei Kallmerowik gelegenes gepacktes Jagdgelände und wurden von dem Badermeister Wolny aus Grubich auf dem Jagdgelände begleitet. Hierbei stießen die drei Jäger auf einen Mann, der von dem Bader W. als ein gewisser Jurafschel aus Kallmerowik erkannt wurde. Auf die Frage, was er hier suche, gab J. zur Antwort, daß er Pilze suche und hierbei seine Pflanz verloren habe. Gleich darauf sprang ein junger Bursche aus einem Loch heraus und versteckte sich in einem in der Nähe liegenden Getreidefeld. J. ließ dem Knaben sofort nach, lehnte aber mit einem Karabiner zurück und nahm sofort eine drohende Haltung ein. Da nur Wolny mit einer Schrotflinte bewaffnet war, zogen sich alle drei Jäger zurück und beschützten sich vor diesem Vorfall die Polizei. Tags darauf wurde bei Jurafschel eine Hausdurchsuchung durchgeführt, die zu seiner Verhaftung geführt hat. Der Verhaftete wird außerdem noch eines Mordverluches beschuldigt, den er gegen einen Forstlehrer unternommen haben soll.

Hindenburg D.S. Sie haben bloß „herzlich“ gelacht. Fräulein F. wohnte mit einer Freundin einem Faschingsvergügen bei. Nach Schluß desselben traten beide den Heimweg an. Am „Admiralspalast“ angelangt, erinnerten sie sich an die schönen Tanzweisen der Faschings-Musikkapelle, scherzten und lachten, bis es ihnen einfiel, bei Sang und Tanz auf der Pflaster nicht nur die Passanten, sondern auch die Schupo auf sich aufmerksam zu machen. Die fangesfreudigen „Tänzerinnen“ erlebten einige Tage darauf ein Strafmandat über je 2 Mark oder einen Tag Haft. Eine beruhigte sich dabei, während ihre Freundin F. Einspruch erhob. Bei dem Einzelrichter erklärte sie, daß beide nur einmal „herzlich“ aufgelaht“, ohne dadurch die Ruhe gestört zu haben. Der Richter hielt der Beschuldigten vor, daß es nicht angängig sei, in einer Zeit, wo die werktätige Bevölkerung in den Betten ruht, auf dem Straßenpflaster der Tanzkunst zu huldigen und dabei so herzlich zu lachen, daß an der sogar 300 Meter vom „Tanzort“ liegenden Kochmann-Gasse Passanten stehen bleiben, um dem nächtlichen unschönen Schauspiel Lüge und Ohr zu leihen. Fräulein F. überlegte ein wenig, zog den Einspruch zurück und verließ gerührt und reumütig den Gerichtssaal.

Aus Schlesien.

Weitere Unwitterschäden.

Der Eisenbahnerleide Petersdorf-Schreiberhau unterbrochen.

Die am Sonnabend und Sonntag niedergelassenen Gewitter verursachten in den Kreisen Schweidnitz und Landeshut erhebliche Feld- und Gebäudeschäden. In Faulbrück und Kreisau, Kreis Schweidnitz, sind alle Straßen unpasseierbar und besteht die Gefahr, daß der Eisenbahndamm, der an den genannten Orten vorbeiführt untergraben wird. Die Eisenbahn hat Vorkehrungsmassnahmen getroffen. Die Kreisauer Mühle ist vollständig überflutet und mußte ihren Betrieb einstellen.

Im Kreise Landeshut hat der molkenbrucharige Regen die Früchte von den Feldern heruntergeriebt. Schmer gelitten hat auch die Ortschaft Görtelsdorf, wo der Sturm von mehreren Häusern die Dächer herunterriß. In Konradswaldau sind zahlreiche Wohnhäuser überflutet und der Wasserdruck so stark, daß in einem Gasthause Schränke, Tische und Stühle vom Wasser hochgehoben wurden und in den Gaststuben schwammen.

In einigen Orten des Niesen- und Isergebirges ist ebenfalls wieder erneut Hochwasser eingetreten. Besonders betroffen wurden Seifershau und Hartenberg, die schon in der vergangenen Woche schwer heimgesucht worden sind. Hier wurden Häuser überflutet, Brücken und Dämme aufs neue weggerissen. Die Wiederinstandsetzungsarbeiten sind völlig zurückgemacht. Weniger stark betroffen wurden die Ortschaften Petersdorf, Hermsdorf und Agnetendorf. Der angerichtete Gesamtschaden ist sehr groß.

Durch wolkenbrucharigen Regen in der Nacht von Sonntag zu Montag ist die Eisenbahnlinie zwischen Nieder-Schreiberhau und Petersdorf stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der erste Zug aus Richtung Ober-Schreiberhau mußte bis Petersdorf ausfallen. Die Reisenden wurden durch Autos bis Petersdorf befördert. Um 8,30 Uhr ist der gesamte Verkehr wieder aufgenommen worden.

Aus den umliegenden Ortschaften waren die Einwohner zur Hilfsaktion herbeigeholt worden. Ein Teil der Bahnhofstraße lag wie der benachbarte Zedenbach aus. Infolge von Blühschlagen in den Leitungen waren die meisten Orte der Umgebung ohne Licht.

Die Waide bei der Reifischen Fabrik in Agnetendorf mußte wegen Einsturzgefahr gesperrt werden. Ebenso wurde in Giersdorf eine Kohrbude durch die steigenden Wassermassen unbrauchbar. In der Gegend von Görtelsdorf-Grüllau richtete eine Windstöße ungeheuren Schaden an. Ein Bestium in Görtelsdorf wurde gänzlich weggeblasen, starke Bäume wie Streichhölzer geknickt und in Kindelsdorf verschiedene Häuser abgedeckt.

Umklüftige Tierquälerei.

Ein Hund mit dem Sabel misshandelt.

Im Trebnitzer „Vollstreckend“ lesen wir:

Leider erst jetzt erhalten wir Kenntnis von einem Verfall, der sich am Dienstag, den 5. Juli, abends gegen 9 Uhr, in Jedlitz, Kreis Trebnitz, zugetragen hat und als deren „Held“ der dort stationierte Oberlandjäger Pfeiffer in Frage kommt. Zu der angegebenen Zeit halgten sich auf der Straße drei Hunde, darunter der des Oberlandjägers selbst und ein großer, etwa zweijähriger Doggenhund, der seit langem schon bei dem Fleischermeister Wilaum in Jedlitz gehalten wird. Der Herr Oberlandjäger kommt auf seinem Wege des Weges und sieht die harmlose Hundebalgerin. Sie seiner hohen Aufgabe und Autorität bewußt, zieht er seinen Sabel und schlägt mit harter Waffe ganz unarmherzig auf das wehrlose Tier des Fleischermeisters Wilaum los. Der Erfolg dieses Kampfes sind hieben schwere Hiebwunden auf dem hinteren Rückenteil des Boxerbundes. Noch heute nach fast 14 Tagen klaffen drei von diesen Wunden bis zu vier Zentimeter lang und mehr als einen Zentimeter tief und verzehren dem Tier ansehnlich heftige Schmerzen, da es sich auch nur mit Mühe fortbewegen kann. Leider hat sich noch kein Antijäger gefunden, obwohl dieser Vorfall große Erregung im Dorfe hervorrief und das Tier allgemein bedauert wurde. Auf dem kleinen Dorf fürchtete sich jeder, gegen die Polizei vorzugehen und hätten die Kinder des Hundebesizers nicht den Sabel klirren hören und den Oberlandjäger als „Schlagsteinheld“ in voller Tätigkeit beobachtet können oder auch der Verein Breslauer Hundesfreunde am folgenden Sonntag einen Ausflug nicht unternommen, wo ein Mitglied des Vereins das bemitleidenswerte Tier zufällig entdeckte und so die Sache in die Öffentlichkeit brachte, hätte niemande außerhalb des Dorfes etwas davon erfahren. Die nächsten Nachbarn selbst scheuen sich, Zeugnis über diesen Vorfall abzugeben und selbst ein angesehenes Mitglied des „Tierquälereivereins“, ein Herr Szymanski in Jedlitz, hält es nicht für notwendig, oder wagt es nicht, gegen solch ungläubliche Rohheit einzukreiten. Hoffentlich wird nunmehr Strafangelegenheit und die vorgelegte Behörde darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Beemte nicht die erforderliche Eignung für sein Amt besitzt.

Wir halten es für erforderlich, diesen empörenden Fall von Tierquälerei durch eine Anzeigen, deren Aufgabe es ist, Tierquälereien zur Anzeige zu bringen, einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen und sind mit dem „Vollstreckend“ der Ansicht, daß der Oberlandjäger Pfeiffer mit diesem Mißbrauch seiner Dienstaufgabe bewußt hat, daß er nicht die erforderliche Eignung für sein Amt besitzt.

Schlesisches Naturschutzgebiet.

Die preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten haben die im Kreise Löwenberg östlich der Stadt Löwenberg gelegene „Löwenberger Schweiz“ und den zum Rittergut Mairwaldau im gleichnamigen Amtsbezirk, Kreis Schönau a. K. gelegenen Park einschließlich einiger Parzellen zu Naturschutzgebieten erklärt.

In der „Löwenberger Schweiz“ muß der Betrieb des angrenzenden Steinbruches so eingerichtet werden, daß der Verkehr vom und zum Bruch das Naturschutzgebiet nicht berührt. Im Mairwaldauer Park sind Mausoleum und Aussichtsturm im gegenwärtigen Zustande zu erhalten, die Teiche werden in der bisherigen Weise bewirtschaftet, desgleichen die landwirtschaftlich genutzte Fläche und die Waldflächen im Forstbetriebe bewirtschaftet. Die Jagd bleibt den Berechtigten erhalten. Die Errichtung von Bauten, mit Ausnahme von sich in die Natur einfügenden Unterstandshütten usw., ist verboten, desgleichen auch die Entfernungen oder Beschädigung von Pflanzen, das Nachtstellen, Fangen, Töten oder die Beunruhigung von Tieren. Auch darf eine Abholzung oder Durchforstung des Baumbestandes nicht erfolgen. Das unbefugte Betreten des Gebietes außerhalb der Wege und das Feueranzünden in den Naturschutzgebieten ist gleichfalls untersagt.

Schweidnitz, Weitzweggenmarkt. Vor dem geschlossenen Bahnhübergang an der Waldenburger Straße geriet ein Schweidnitzer Bürger namens Eitelbürger in die Gefahr, von einem herannahenden Auto überfahren zu werden. Schnell entschlossen ließ E. das in der Hand haltende Fahrrad fallen und sprang mit elegantem Schwung auf den Kühler des Autos. Daß dieser Sprung für ihn die einzige Rettung war, geht daraus hervor, daß sein Fahrrad von dem Auto überfahren und vollständig zerstört wurde. Der Autobesitzer soll sich freiwillig bereit erklärt haben, das Fahrrad zu ersetzen.

Waldenburg. Ertrunken ist hier im städtischen Freibade am Sonnabend der 18 Jahre alte Porzellanformer-Lehrling Dujja aus Groß-Jöllnig, Kreis Dels. Das Unglück ist erst am Sonntag festgestellt worden, als sich die Verwandten des D. bei denen er im Altwasser wohnte, meldeten. Da Dujja taubstumm war, konnte er beim Ertrinken nicht um Hilfe rufen. Nach ärztlichem Gutachten ist er einem Herzschlage erlegen.

Dittersbach, Kreis Waldenburg. Eine Unglücksfahrt. Am Sonntag abend kehrte der Sohn des Landwirts Kühn aus Ober-Waldenburg mit einer mit vier Personen besetzten Droschke von einer Spazierfahrt heim. Auf der Hauptstraße in Dittersbach riß plötzlich die Steuerletzte, worauf die Pferde scheuten. Sie bogen scharf nach links ein, die Droschke kippte um und wurden die Insassen so heftig auf die Straße geschleudert, daß Kühn einen doppelten Beinbruch erlitt. Einer Frau wurde das Kniegelenk eines Knies ausgedreht und ein weiterer Passagier erlitt einen Beinverbruch.

Striegau. Im Steinbruch schwer verletzt wurde der Bohrdreher Peltner, der bei der Firma Thasler in Girschtendorf beschäftigt ist. Eine Sprengladung, die nicht losgegangen war, wurde von P. wieder aus der Steinwand entfernt und er begann das Sprengloch tiefer zu bohren. Es mußten sich in dem Loch jedoch noch Pulverreste befinden haben, die, als P. zu bohren begann, explodierten. Peltner wurde gegen die Steinwand geschleudert und mit schweren Gesicht- und inneren Verletzungen vom Platze getragen.

Striegau. Aufklärung eines Mordes. Im vergangenen Jahre war auf der Straße zwischen Hählich und Groß-Rosen der Barbier Furmann aus Hählich ermordet aufgefunden worden. Erst jetzt gelang es, die Steinarbeiter Hauschild aus Trebehnell und Hermann Hengen aus Pilgramshain als Mörder festzustellen und zu verhaften.

Stein a. O. Vorgehische Gräber. Auf ein vorgehische Grabfeld ist der Landarbeiter Piaczki beim Grundgraben zu einem Hausbau getroffen. Der Altertumsforscher Ulrich wurde sofort benachrichtigt und von diesem dem Schlesischen Museum in Breslau Mitteilung machte. Die Untersuchung ergab, daß die Gräber aus sogenannten Knochenurnen und mehreren Beigefäßen bestanden. In den Beigefäßen waren Speise und Trank für den Toten. Unter dem Leichenbrand fand man eine Bronzenadel und ein Messer aus Eisen. Aus der Form der Gefäße mit der darauf befindlichen Verzierung, geht hervor, daß es sich um einen Urnenfriedhof der jüngeren Bronzezeit 100-500 Jahre vor Christi handelt. Schon 1748 wurde von Urnenfunden auf dem gleichen Felde berichtet.

Guhrau. Bestellung eines kommissarischen Landrates. Nachdem der bisherige Landrat des Kreises Guhrau, Dr. Hoffmann, ins Ministerium des Innern berufen wurde, ist Regierungsrat Neumann, der das Landratsamt bereits vertragsweise leitete, zum kommissarischen Landrat bestellt worden.

Kleinert. Von einem Auto überfahren wurde in der Kurve beim Gasthaus „Grüner Wald“ in Horbis ein Kleinert-Butterverkäufer. Das Auto kam in schneller Fahrt um die Ecke und als der Chauffeur den Butterverkäufer mit seinem Hundwagen zu Gesicht bekam, war das Unglück schon geschehen. Dem Überfahrenen ist der Gaumen zerplatzt, ferner sind die Rippenknochen und das Kreuzbein gebrochen worden. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Oppeln. Ein Wilderer festgenommen. Seit längerer Zeit wurde in den Schulzenberger Waldgebieten gemildert, ohne daß es gelang, den Wilderer zu fassen. Der einzigen Tag vor gestern wurde der Wilderer Kops und Trekel aus Oppeln in

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kreisgewerkschafts- und Rahmenweiche des Gewerkschaftsstartells Neumarkt.

Das Leben bringt dem Arbeiter Kampf, Entbehrungen und Enttäuschungen. Dies ist in den bestehenden Verhältnissen und Gesellschaftsverhältnissen begründet. Die Freude ist daher bei Proletariern ein ebenso gern geicherter, wie selten einsehender Gast. Wenn dann gar noch ein überwölkender „Wettermacher“ es so eintrübt, wie am Sonntag, dürfte er sich nicht viel Sympathien erwerben. Wochenlang rüstete der Ortsausschuß des ADGB zum Kreis-Gewerkschaftsfest. Obwohl der Sonnabendmorgen mit schwarzer Wollenbildung und hartem Regen so manchem Festgestimmten den Tag vergrauen wollte, brachte der Nachmittags aufläutende Wetter, so daß der zur Einleitung des Festes vorgesehene Fadelzug stattfinden konnte und an dem sich eine unerwartet große Zahl alter und junger Proletarier beteiligte; ganz Neumarkt war fast auf den Beinen.

Sonntag, früh 6,30 Uhr, verließ der Nachruf, daß der Tag des Festes seinen Einzug gehalten habe. Gegen 9 Uhr rückten Abteilungen des Sozialistischen Jungordnersdienstes Breslau und der Sozialistischen Arbeiterjugend (Sprechchor) in einer Stärke von 200 Personen in unser Städtchen ein, denen gegen 1 1/2 Uhr das Reichsbanner Westend und ein Jugendbanner in Stärke von 200 Mann folgte. Das Ringkonzert, ausgeführt von der Schalmientapelle des Sozialistischen Jungordnersdienstes, hatte, wie nicht anders zu erwarten, zahlreiche Zuhörer und die gebotenen musikalischen Darbietungen fanden äußerst gute Aufnahme. Nachmittags 1,15 Uhr vollzog sich der Aufmarsch zum Festzug, der sich um 1,45 Uhr zur Entfaltung und Weihe der Fahne nach dem Unterberg in Bewegung setzte. Nach Abspielung des Liedes „Brüder, zur Freiheit, zur Sonne“, durch die Spielmannschaft des Reichsbanners Ost-Breslau, richtete der Vorsitzende des Ortsausschusses, Kollege Hanke, Begrüßungsworte an die von Stadt und Land und benachbarter Städte erschienenen Festteilnehmer, worauf Gewerkschaftssekretär Kollege Medizin-Breslau in seiner Festrede in treffenden Worten die Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsbewegung umriß, zum weiteren Ausbau der Gewerkschaftsbewegung ermahnte und anschließend die Enthüllung und Weihe der neuen Fahne vornahm. Der Sprechchor der Sozialistischen Arbeiterjugend Breslau trug wirkungsvoll Ernst Tollers „Tag des Proletariats“ vor. Anschließend spielte die Schalmientapelle die Internationale, worauf Kollege Wagner im Auftrag aller am Orte vorhandenen proletarischen Organisationen Worte an die Festteilnehmer richtete und mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung seine Ausführungen schloß. Darauf setzte sich der 1500 bis 2000 Personen starke Festzug in Bewegung. Weit über 30 Fahnen waren in den Festzug eingereiht. Die vom Zigarrenarbeiter-, Bauarbeiter-, Zimmer-, Metallarbeiter-Verband gestellten Berufsgruppen, ein Auto des Konsumvereins Liegnitz mit sinnbildlicher Darstellung der Gewerkschaftsbewegung trugen zur Ausschmückung des Festzuges wesentlich bei. Leider mußte die Marschrichtung infolge einziehenden Regens abgeändert werden. Den Ausgang des Festzuges bildete der Arbeiter-Sportplatz, jedoch ließ der Regen ein langes Verweilen auf dem Festplatz nicht zu, so daß sich in den Sälen „Gelber Löwe“ und „Hohes Haus“ bald ein reger Verkehr entwickelte. Mit sichtlich Freude nahmen die Kinder ein Paar Wiener mit Semmel in Empfang. Spiele der Jugend mußten ebenfalls in Fortfall kommen.

Während des Festes übte die Arbeiter-Samariter-Kolonne Deutsch-Bijla Sanitätsdienst aus und mußte in mehreren Fällen mit sofortiger Hilfe beistehen. Für diese umklüftige und aufopferungsvolle Arbeit ist an dieser Stelle besonderer Dank auszusprechen. Das Fest der Arbeit ist vorüber. Möge die Hand- und Kopfarbeiterchaft des Kreises Neumarkt einer noch besseren, feiteren freigewerkschaftlichen Bewegung die Wege ebnen. Allen die zur Verschönerung des Festes beigetragen, Güte bewirkten, sei ganz besonderer Dank entbitten. Fest steht, daß Neumarkt einen solchen Aufmarsch in seinen Mauern noch nicht aufzuweisen hatte und selbst die Gegner jedweden Fortschrittes, deren wir doch in Neumarkt genügend haben, geben zu, daß der Eindrudnanzosant war und die Ordnung des Tages nichts zu wünschen übrig ließ.

Neumarkt. Der Blitz schlug bei dem am Sonntag zu Montag festgefundenen schweren Gewitter in Schöneiche und Regnitz in Wirtschaftsgebäude ein. Glücklicherweise war die Wirkung des Blitzes geringfügig, so daß nicht alles der Vernichtung anheim fiel. Der angerichtete Schaden aber dürfte dennoch ein ganz beträchtlicher sein. Auf dem Wege von Neumarkt nach Schönau spaltete der Blitz eine Fappel.

Oswitz. S.B.D. Mittwoch, den 20. Juli, abends 20 Uhr, findet in der „Vollstreckend“ in Oswitz unsere Parteimitglieder-Verammlung statt. Genosse Schiffer wird einen Bericht vom Kieler Parteitag geben. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Klettenberg. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen heute, bei schönem Wetter um 19,30 Uhr, auf dem Sportplatz zusammen. Bei schlechtem Wetter fällt der Heimabend aus. Freie Heil!

Stabelwitz. Der nasse Tod. Am Sonntag erkrankte der 45jährige Arbeiter Herde bei dem Versuch, das Wehr der Wehr mit durchschwimmen. Er geriet in einen Strudel. Eine ihm von Passanten zugeworfene Holzbohle bekam er nicht zu fassen. Die Rettungsversuche der sofort alarmierten Feuerwehr führten noch zu keinem Ergebnis.

Kommunisten und Gewerkschaften.

Organisierte Wählerarbeit.

Seit Jahren quälen sich die Kommunisten damit ab, in den freien Gewerkschaften ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Sie wollen den Gewerkschaftsapparat in die Hände der kommunistischen Partei spielen, um ihn Moskaus Zwecken gefügig zu machen. Als Hauptmittel dient ihnen dabei die Hege gegen die „Gewerkschaftsbonzen“, um das Vertrauen der Mitglieder zu den Gewerkschaftsleitungen zu untergraben. Die kommunistischen Zeitungen wimmeln daher tagtäglich von Verdächtigungen gegen die Gewerkschaftsangehörigen. Tagtäglich wird diesen irgend ein „Verrat“ an die Rostschöhe gehängt. Daneben ist die kommunistische Presse eifrig bemüht, den Gewerkschaften bei den Arbeitskämpfen die allein leitigmachende kommunistische Taktik vorzuschreiben; jedesmal wird dabei die „Verbreiterung“ des Kampfes gepredigt, in der nie sterbenden Hoffnung, dadurch endlich zum bolschewistischen Massenstreik zu kommen. Die Unversöhnlichkeit der KPD, die den Gewerkschaften bisher immer nur Zersplitterung, Disziplinlosigkeit und Unruhe beschert hat, geht sogar soweit, daß sie sich sogar in die internen Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischte, die sie als politische Partei nichts als geringste angehen.

Mit heißem Eifer strebt die KPD, vor allem danach, auf die Verbandstage der Gewerkschaften Einfluß auszuüben, indem sie die Wahlen der Delegierten in ihrem Sinne zu beeinflussen sucht — immer in der trügerischen Hoffnung, einmal doch die Mehrheit auf einem Verbandstag zu erlangen und die betreffende Gewerkschaft dann im Trümpfgehül ins Moskauer Lager zu führen. Zu diesem Zwecke ist eine besondere Meinungsfabrik gegründet worden; Anträge werden fabriziert, die dann den zu Moskau schwärmenden Anhängern zugänglich gemacht werden mit der Weisung, sie unter allen Umständen in den Versammlungen zum Verbandstag durchzubringen. Wie die Beeinflussungsmanöver durchgeführt werden, dafür bietet ein Rundschreiben der Gewerkschafts-Abteilung der kommunistischen Gewerkschafts-Zentrale ein geradezu klassisches Zeugnis. Dieses Rundschreiben ist der Leitung des Deutschen Bauergewerksbundes in die Hände gefallen. Es enthält einen genauen Feldzugsplan der kommunistischen Partei für den zweiten Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes.

Das Rundschreiben, dessen Inhalt wir im einzelnen weiter unten wiedergeben, dokumentiert in deutlicher Weise die organisierte kommunistische Wählerarbeit gegen die Gewerkschaften — im vorliegenden Fall gegen den Deutschen Bauergewerksbund. Die Wählerarbeit beginnt mit der „Fraktionsführung“ und wird bis zur Auffstellung der Kandidaten weitergetrieben. Mit der Kandidatenauffstellung soll sparsam umgegangen werden, um Stimmenzersplitterung zu vermeiden und dem kommunistischen Kandidaten desto sicherer zum Sieg zu verhelfen. Bis zum Wahltag müssen kurze Pressenotizen durch die kommunistischen Blätter gehen, um die Mitglieder kopfsteu zu machen und dadurch um so mehr für die Wahl des kommunistischen Kandidaten zu interessieren. Ein Sammelkurium von Anträgen wird vorgeschrieben. Um die Meinungsfabrikation etwas zu verschleiern, sollen Änderungen und Ergänzungen zulässig sein.

Diese famosen Anträge sind bereits in einer Anzahl Bauergewerkschaften aufgetaucht. Die Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes erleben aus den Feststellungen, woher diese rassistischen Anträge kommen. Wenn es auch da und dort gelassen sollte, mit diesen Anträgen irgendeine Versammlung zu über-rumpeln, — die gebührende Abfuhr wird diesen Anträgen aus der kommunistischen Meinungsfabrik stammenden Forderungen auf dem zweiten Bundestage des Deutschen Bauergewerksbundes bestimmt zuteil werden.

Es ist gut, daß die Treibereien der kommunistischen Partei gegen die Gewerkschaften einmal dokumentarisch an den Pranger gestellt werden. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften sehen, wohin die Reise gehen soll. Kauterität und Frechheit paaren sich bei der kommunistischen Wählerarbeit, durch die die Einrichtungen der Gewerkschaften untergraben, die Satzungen zweckentsprechend abgeändert, kein Keil auf Keil in die Organisation hineingetrieben werden sollen, um sie für Moskau sturmreif zu machen. Die freierorganisierten Arbeiter, vor allem die des Bauergewerksbundes, müssen sich daher rechtzeitig zusammenziehen, um den Zerstörern der Gewerkschaften die Tür zu weisen. Die Gewerkschaften sind völlig selbständige Gebilde, die die KPD nichts angehen. Das muß den Gewerkschaftspropagandisten im kommunistischen Lager rückwärtslos klargemacht werden.

Der Feldzugsplan der kommunistischen Partei für den zweiten Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes hat folgenden Wortlaut:

„Rundschreiben Nr. 26/27
Am 25. September findet in Dresden der II. Bundestag des Bauergewerksbundes statt. Tagesordnung und Wahlreglement sind im „Grundstein“ Nr. 26 vom 25. Juni veröffentlicht. Die Einteilung der Wahlbezirke und die Verteilung der Delegierten wird im „Grundstein“ Nr. 26 veröffentlicht werden. Gewählt wird am Sonntag, den 7. August. Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zum 20. Juli bei den Bezirkswahlleitern (das sind die Vorsitzenden der Bezirksverbände) eingereicht sein; Anträge sind ebenfalls bis zum 20. Juli einzureichen. Der größte Teil unserer Arbeit muß also in der Zeit bis zum 20. Juli erledigt sein.

1. Arbeitsplan für die Vorbereitung des Bundestages: In der Zeit vom 1. bis 16. Juli haben in allen Orten, wo Bauarbeiterfraktionen bestehen, Fraktionsführungen stattzufinden, die vor den Versammlungen des Bauergewerksbundes sich mit der Tagesordnung des Bundestages zu beschäftigen haben. Es ist dabei festzustellen, wo und wann wir die Möglichkeit haben, unsere Anträge an den Bundestag durchzubringen. Gleichzeitig sind die Genossen zu bestimmen, die diese Anträge einbringen, wie auch unsere Vorschläge für die Kandidaten. Vom 17. bis 24. Juli haben in den ausrichtreichsten Wahlbezirken Bezirkskonferenzen stattzufinden, um sich auf die notwendige Zahl der Kandidaten zu konzentrieren. Sind mehr Kandidaten vorgeschlagen als notwendig, haben die Genossen, die am wenigsten Chancen haben, zurückzutreten. Vom 11. Juli bis 7. August in der Presse kurze Notizen über die von den örtlichen reformistischen Bauarbeiterführern gemachten Fehler und Dummheiten. Außerdem Propaganda für unsere Kandidaten und Begründung unserer Anträge sowie Kritik an den Anträgen der Reformisten. Vom 7. bis 11. August Feststellung der Wahlergebnisse und Berichterstattung der Fraktionen an die Bezirks-Fraktionsleitung.

2. Arbeitsplan für die Vorbereitung der Fachgruppen-Verbandstage: Vor dem Bundestage finden die Verbandstage der Fachgruppen des Bauergewerksbundes statt. Auf diesen Verbandstagen werden die Bundesdelegierten der Fachgruppen gewählt. Es handelt sich also in diesem Falle um eine indirekte Wahl. Nur die Delegierten der Maurer, Hilfsarbeiter und Erdarbeiter sind direkt gewählt und sind gleichzeitig Delegierte ihres Fachgruppen-Verbandstages und des Bundestages. Die Wahlen der Delegierten zu den Fachgruppen-Verbandstagen finden in Fachgruppenversammlungen statt. Vor jeder Fachgruppenversammlung muß deshalb eine Fraktionsführung der Fachgruppenfraktion stattfinden. Die Bezirks-Fraktions-

leitung ist verpflichtet, rechtzeitig auf das Stattfinden der Fachgruppenversammlung aufmerksam zu machen und die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

3. Anträge vom Bundestag:
a) Tagesordnung: Antrag: Auf die Tagesordnung ist zu setzen: „Die Gewerkschaften und der Kampf gegen Kriegsgeld und Faschismus“.

b) Zum Bericht des Bundesvorstandes: Antrag: Die Neutralitätsresolution des Karlsruher Verbandstages wird aufgehoben. Diejenigen Kollegen, die wegen Verstoß gegen die Neutralitätsresolution ausgeschlossen wurden, werden wieder aufgenommen. Antrag: Der Bundestag beschließt, eine Delegation nach Rußland zu entsenden, um die Organisationsverhältnisse und die Lage der russischen Bauarbeiter zu untersuchen. Der wegen Teilnahme an der Rußlanddelegation ausgeschlossene Kollege Bischoff aus Dortmund wird wieder aufgenommen.

c) Zum Bericht über Tarifverhandlungen: Antrag: Der Bundestag verbietet allen Bauergewerkschaften, Bezirksverbänden, Fachgruppen und dem Bundesvorstand, Tarifverträge zuzustimmen, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit zulassen. Der Bundestag verlangt von allen Kollegen, daß sie jede Ueberstunde verweigern und nach acht Stunden den Bau verlassen sollen.

d) Zum Kassenbericht: Antrag: Der Beschluß, 5 Prozent von den Einnahmen der Hauptkasse für die Unterstützung des Verbandes sozialer Baubetriebe zu verwenden, wird aufgehoben. Diese Gelder sind bereitzustellen für eine großzügige Agitation und Propaganda für den Anschluß der Berufsverbände an den Bauergewerksbund.

e) Zum Bericht der Redaktion: Antrag: Der „Grundstein“-Redaktion wird wegen der niederdrückenden Hege gegen die Sowjetunion das schärfste Mißtrauen ausgesprochen.

f) Zum Statut: Antrag: Die „Treuhändergesellschaft“ wird aufgelöst. Der Bund und die Bauergewerkschaften verwalten ihr Vermögen durch die von den Mitgliedern gewählten Funktionäre. Antrag: Die von den Mitgliedern gewählten Funktionäre bedürfen nicht der Anerkennung des Bundesvorstandes. Antrag: Die Wahl der Angestellten der Bauergewerkschaften muß unter allen Umständen durch Urwahl erfolgen.

Allgemeine Anträge: Antrag: Der Bundestag erkennt in der Auflösung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter einen Schritt zur Wiederherstellung der Einheit der Bauarbeiterbewegung. Den vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter übergetretenen Kollegen werden die alten Rechte zugesprochen. Die gleichen Vergünstigungen erhalten alle die Mitglieder der übrigen Splittlerorganisationen, wenn sie bis zum 31. Dezember 1927 ihren Uebertritt zum Bauergewerksbund vollziehen. Antrag: Der Bundestag begrüßt den Freiheitstempel der englischen Arbeiter und verurteilt die Kriegspropaganda der englischen Imperialisten. Der Bundestag begrüßt die beharrliche Friedenspolitik der Sowjetunion und fordert alle Bauarbeiter auf, die Sowjetunion gegen alle Angriffe der Imperialisten zu schützen und zu verteidigen. Vor allem verlangt der Bundestag schärfsten Kampf gegen die Kriegs- und Hungerpolitik der deutschen Bürgerblut-Regierung.

Die obigen Formulierungen der Anträge sind nur als Richtschnur zu betrachten. Sie können abgeändert und ergänzt werden. Es bleibt den Bezirks-Fraktionsleitungen überlassen, die für ihren Bezirk nützlichsten Anträge besonders zu propagieren. Nach Möglichkeit muß aber dafür gesorgt werden, alle Anträge durchzubringen. Jeder Antrag ist gebündelt einzubringen; die angenommenen Anträge sind umgehend zu veröffentlichen.

Zentralkomitee der KPD.
Sekretariat (Gewerkschaften).“

Die Kölner Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Köln, 19. Juli. (Eigener Funkbericht.) Der vom Sonderlichter für die Kölner Metallindustrie gefällte Schiedsspruch wurde am Montag von der Tarifkommission der Arbeitnehmer-Organisation abgelehnt. Der Grund zur Ablehnung liegt vor allem in der für die Arbeitgeber außerordentlich vorteilhaften Verkaufszahlung des Lohnausgleichs im Schiedsspruch. In dieser Klausel haben die Vertreter der Arbeiter im Schlichtungsausschuß nicht teilgenommen. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Arbeitnehmer zu dieser Ablehnung stellen werden.

Lohnproblem, Kaufkraft, Gewerkschaftskampf

Durch die diesjährige Tagung der Gesellschaft für soziale Reform ist das seit langem zur Diskussion stehende Thema: Lohnproblem und Kaufkraft erneut, angetrieben worden. Allerdings ist auch diese Tagung vorübergegangen, ohne daß es zu einer Lösung dieser Frage gekommen wäre. Das Problem, von dem ja schließlich abhängen wird, ob die gute Konjunktur der deutschen Wirtschaft weiter entwickelt oder bald wieder in eine Krise umschlagen wird, ist heute ungeheuer kompliziert geworden. Früher war die Frage des Lohnes eine einfache Angelegenheit der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit um die Verteilungsquote der Sozialprodukte. Die jeweiligen Kräfteverhältnisse entschieden die Lage. Gewiß war auch schon früher der Lohnstandard eine eminent wichtige Angelegenheit der Volkswirtschaft, ohne daß dieses Moment im Lohnkampf besonders betont wurde, und der Lohnstandard beeinflusste auch früher schon den Stand und den Verlauf der Konjunktur. Aber längst nicht in dem Maße, wie dies heute infolge ganz anderer sozialer Zusammenhänge der Bevölkerung der Fall ist. Früher gab es noch erhebliche Schichten, deren Kaufkraft stabil blieb, ganz gleich wie die Lohnkämpfe ausgingen. Und die Kaufkraft dieser Schichten garantierte doch im allgemeinen eine gewisse Stabilität der Konjunktur. Heute sind diese Schichten durch Krieg und Inflation proletariisiert und richtet sich ihre Kaufkraft auch nach dem allgemeinen Lohnstandard. Durch diese soziale Umwälzung ist nunmehr das Lohnproblem zu einer großen volkswirtschaftlichen Angelegenheit geworden. Vom Lohnstandard ist die jeweilige Dauer und Tiefe der Konjunktur abhängig geworden.

Leider wird dies in den alten privilegierten Wirtschaftskreisen immer noch nicht eingesehen. Statt den jetzigen Konjunkturaufschwung durch entsprechende Maßnahmen weiter zur Entwicklung zu bringen, macht man das gerade Gegenteil. Der erhöhte Beschäftigungsgrad der Industrie verbürgt die Verbilligung des Einzelproduktes. Statt diese Tendenz durch eine Verbilligungsaktion weiter zur Entwicklung zu bringen, sieht man nach alter Methode eine Steigerung der Preise.

In unglücklichen Reihen haben Vertreter der deutschen Industrie die amerikanischen Verhältnisse studiert, aber anscheinend hat keiner der Herren die großen Zusammenhänge gesehen, auf denen die seit Jahren währende große amerikanische Konjunktur beruht: Preisverbilligung, Lohnerhöhung, Kaufkraftsteigerung, volle Ausnutzung der vorhandenen Industrieanlagen, weitere Preisverbilligung.

Ueberaus interessant und zugleich lehrreich, wie der amerikanische Industriegeist gegenüber dem deutschen auf

Die allgemein verbindlichen Tarifverträge

Die Zahl der allgemein verbindlichen Tarifverträge betrug Ende Dezember 1926 1361 und Ende März 1927 1386; Ende 1925 waren es 1330 gewesen. Unter ihnen waren Angestellten-Tarifverträge Ende 1926 649, Ende März 1927 680. Allgemein verbindliche Reichstarife bestanden Ende 1926 77 und Ende März 1927 76, Bezirkstarifverträge 932 und 953 und Ortstarifverträge 352 und 357. Unter den Gewerbegruppen hatte Ende März die meisten Tarifverträge, wenn man von der Gruppe „Sonstiges“ abzieht, das Handelsgewerbe mit 220 Tarifverträgen, von denen 168 für Angestellte abgeschlossen waren. Es folgten das Baugewerbe mit 108 Tarifverträgen, von denen 13 Reichstarife waren, und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 101 Tarifverträgen, darunter 9 Reichstarifverträge.

Verhandlungen über Ueberstundenbezahlung in der Lederwarenindustrie.

Zur Neuregelung der Ueberstundenbezahlung fand für das Gebiet des sogenannten Bundestarfs der Lederwarenindustrie dieser Tage zwischen dem Bund deutscher Lederwarenhersteller (Sitz Berlin) und dem Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verband (Hauptvorstand) eine Besprechung statt. Es kam zu einer Vereinbarung, wonach jede Ueberstunde mit einem Aufschlag von 25 Prozent zu vergüten ist. Die Regelung umfaßt Groß-Berlin, Regierungsbezirk Potsdam, die beiden Mecklenburg, Anhalt, Provinz Pommern, Provinz Sachsen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Erfurt und das Stadtgebiet München. Im Anschluß daran fand eine Beratung über die Abwehr der sich häufenden Zucht hausarbeiten in der Lederwarenindustrie statt.

Für das Gebiet des Ostdeutschen Tarifvertrages wurde durch Schiedsspruch ein Zuschlag von 25 Prozent für die Ueberstunden festgelegt; das gleiche gilt für den Freistaat Sachsen-Ost.

Die Urabstimmung im Berliner Gastwirtsgerber

über den Schiedsspruch, der das bisherige Lohnabkommen bis zum 30. September verlängert, hat keine Mehrheit für einen Streik ergeben. Der Schiedsspruch gilt damit als angenommen.

Die Verwendung von Hängegerüsten

über deren Beschaffenheit in behördlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften bisher nur sehr wenig gesagt wurde, muß unter allen Umständen eingeschränkt werden. Die für den Arbeiterstand zuständigen Stellen des Reiches und der Länder müssen unverzüglich einheitliche Anordnungen erlassen, die erstens die Verwendung von Hängegerüsten auf Fälle beschränken, wo andere, größere Sicherheit bietende Gerüste nicht angebracht werden können, 2. Bestimmungen über Konstruktion dieser Gerüste und deren Auf- und Abbau durch fachmännische Arbeiter enthalten, 3. eine behördliche Abnahme nach jeder Neuaufstellung und 4. die Benutzung der Gerüste nur für leichte, mit ganz geringem Materialverbrauch verbundene Arbeiten gestatten und für die darauf zu beschäftigenden Personen Verhaltensmaßregeln treffen.

Die mit der Benutzung von Hängegerüsten verbundenen großen Gefahren machen ein sofortiges behördliches Eingreifen notwendig. Ober will man warten, bis nächstens wieder durch Bruch eines Hängegerüstes eine ganze Reihe von Bauarbeitern den Tod findet?

Der Rückgang der Arbeitslosenziffer auf dem Berliner Arbeitsmarkt

betrug in der vergangenen Woche rund 3000 Personen. Es waren bei den Arbeitsnachweisen 185 365 Personen eingetragen gegen 188 355 in der Vormoche, darunter befanden sich 121 964 (123 816) männliche und 63 401 (64 539) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen insgesamt 86 058 (87 264) Personen. Außerdem wurde noch 28 208 (28 759) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadt und 30 366 (31 265) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes liegt in erster Linie im Baugewerbe und in der Landwirtschaft, weniger in der Metallindustrie und im Speditionsgewerbe. Bekleidungs- und Anfertigungsberufe weisen einen stärkeren Zugang Stellenjuchender auf. Die Zahl der Stellenjuchenden unter den Kinoangestellten, Artisten, Musikern beträgt etwa 3500 Personen.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wird, wie aus Riga gemeldet wird, demnächst zur Prüfung der Arbeiterbeschäftigungsverhältnisse in Rewal und Riga eintreffen. Thomas befindet sich zurzeit auf einer Reise durch die dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossenen Staaten.

Konjunkturtriebe reagiert, waren die Ausführungen des Vertreters der Vereinigten Staaten auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, des Großbankiers Robinson. „Die Vereinigten Staaten“, so erklärte Robinson einleitend, „sind verhältnismäßig wohlhabend infolge der schlechthin beträchtlichen Kaufkraft jedes einzelnen Bürgers. Die Preisverbilligung zugunsten des Verbrauchers ist durchgeführt worden durch Verbesserungen in der Geschäftsführung, durch die Ausmerzungen der Verlustquellen und besonders durch die zunehmende Erzeugung des Handbetriebes durch den Maschinenbetrieb und durch den offenen und freien wechselseitigen Austausch der Erfahrungen und eingeschlagenen Wege.“

Anfangs waren die Arbeiter in mehr oder minder verletzlicher Weise der zunehmenden Mechanisierung abgeneigt. Aber die Arbeitgeber, weit entfernt davon, die Preisverbilligung, also das Ergebnis scharfen Wettbewerbs, durch Lohnherabsetzungen auszugleichen, waren vielmehr bemüht, das Lohnniveau zu heben und sich aller Verbesserungen der Geschäftsführung zu bedienen, ebenso wie die Ingebrauchnahme von Maschinen, um die Selbstkosten herabzudrücken. Die Arbeitnehmer begannen von da ab allmählich zu begreifen, daß sie selbst einen Teil des Geldes, das auf diese Weise (durch Rationalisierung nämlich) erspart worden war, erhielten; heute haben wir die überraschende Tatsache: Man sieht die Arbeitnehmer sich infolge der Verbesserungen beglückwünschen und zur Weiterführung von Verbesserungen beitragen.

Die Verbesserungen der Produktionsmethoden ebenso wie die Minderung der Selbstkosten und das Steigen der Löhne und des Verbrauchs, die sich daraus ergeben, sind zum überwiegenden Teile der Tatsache zu verdanken, daß es weder Zolltarife noch Benachteiligungen auf einem weiten ausgebreiteten Wirtschaftsgebiete gibt.

Diese Worte kommen aus anderem Geiste, als die Worte, die deutsche Unternehmer anzuhören vermögen. Statt durch Lohnherabsetzungen und Preisverbilligungen die Konjunktur flott ins lauernde Laufen zu bringen, verfolgen sie eine kurzfristige Preisverbilligungspolitik, die den jetzigen Konjunkturaufschwung frühzeitig wieder abstoßen muß.

Dieser deutsche Unternehmerteil sollte aber auch den Arbeitern und der übrigen Bevölkerung die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit vor Augen führen. Preisverbilligung und Lohnerhöhung werden bis auf weiteres Resultate des gewerkschaftlichen Kampfes bleiben. Von den Erfolgen der gewerkschaftlichen Kampfes wird es letzten Endes abhängen, welche Länge die jetzige Konjunkturwelle haben wird.

Wirtschaft.

Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches im Juni.

Der Monat Juni brachte der Reichskasse an Steuer- und Zolleinnahmen 553,9 Millionen Mark, das sind 68,9 Millionen Mark weniger als der Monat Mai. Der Rückgang erklärt sich hauptsächlich daraus, daß am 15. Mai die großen Zahlungen auf Vermögens- und Einkommensteuer fällig waren. Die Lohnsteuer hat infolge der Besserung des Arbeitsmarktes 8,3 Millionen Mark mehr als im Vormonat ergeben und insgesamt 109,4 Millionen Mark eingebracht. Auch die Zolleinnahmen sind um 8,8 Millionen Mark auf 104,2 Millionen gestiegen. In Anbetracht des Umfanges, daß schon in den ersten drei Monaten des laufenden Etatsjahres 292,6 Millionen Mark an Zöllen eingebracht sind und die Zölle für Nahrungsmittel jedoch wieder erhöht wurden, läßt sich schon jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß der Voranschlag für die Zölle des ganzen Jahres um rund 300 Millionen Mark überschritten sein wird. Der Voranschlag beträgt 890 Millionen Mark.

Die Erhöhung der Zölle auf Mehl

hat die Hoffnung auf ein Zustandekommen eines Mehlenkartells wesentlich gestärkt. Wie jetzt bekannt wird, sind zahlreiche Mühlen von Nord- und Süddeutschland zu einem erheblichen Teil bereits grundsätzlich bereit, ein Kartell einzugehen, das sich nicht nur auf die ursprünglich proklamierte Nationalisierung erstreckt, sondern darüber hinaus eine Produktions- und Preisregelung in der Mühlenindustrie anbahnt. Das Kartell soll den Namen „Deutsche Mühlenvereinigung A.G.“ führen. Als Leiter ist der frühere Ober-Regierungsrat im Reichs-Landwirtschaftsministerium, Hagendorf, in Aussicht genommen. Die Leistungsfähigkeit der für den Anschlag gewonnenen Werke beträgt annähernd 68 000 Doppelzentner täglich, die sich verteilen auf Salomon-Berlin 3500, Vittoria 1700, Dampfwerke 1500, Humboldt 1500, Kampffmeyer-Konzern 10 000, Süßing-Konzern 3300, Scheller (Getreide-Industrie und Kommissions-A.G.) 15 000, Werner & Goitzschall 9000, Planke 12 000 Doppelzentner täglich. Es handelt sich also um ein Riesennetzwerk, dessen Ziel es ist, die durch die Hochschulzölle geschaffene Lage voll auszunutzen und dafür zu sorgen, daß der Verbraucher auch den ganzen Zollbetrag im Preise mitzuentrichten hat. Die Tatsache, daß erst jetzt die Kartellverhandlungen so weit fortgeschritten, ist ein Beweis dafür, daß die Schließung der Zollerhöhungen auf die Kartellverhandlungen kräftig anregend gewirkt haben, wie es die Sozialdemokratie vorausgesehen hat. Nicht die Landwirtschaft, sondern die wenigen Finanzleuten beherrschten die großen Mühlenkonzerne werden die Nutznießer dieser famosen Ernährungspolitik sein, die jetzt vom Rechtsblock betrieben wird.

Dollarregen in Jugoslawien.

Der jugoslawischen Wirtschaft, welche in den letzten Jahren unter einem starken Kapitalmangel litt, werden demnächst vom amerikanischen Anlagekapital große Anleihen zugeführt werden. Allein in den letzten Wochen wurden drei Anleihen im Werte von 46 Millionen Dollar abgeschlossen. Die erste Anleihe im Betrage von 30 Millionen Dollar soll der Weiterführung der Adriabahn und zum Teil auch zur Deckung verschiedener Staatsausgaben dienen. Eine 12-Millionen-Dollaranleihe wurde als landwirtschaftlicher und Bankkredit gewährt. Die dritte ist eine Anleihe der Gemeinde Belgrad für Straßenbau, Elektrizitäts- und Wasserwerke und andere städtische Anlagen. Letztere ist nur ein kurzfristiger Kredit, der demnächst durch einen viel größeren langfristigen abgelöst werden soll. Außerdem wird noch über eine

große Anzahl von amerikanischen Anleihen verhandelt. Die Anleihen sind sehr teuer. Die 30-Millionen-Dollar-Anleihe wurde zu 7 Prozent bei einem Zinsgabelnetz von 9 1/2%, die 12-Millionen-Dollar-Anleihe ebenfalls zu 7 Prozent, jedoch bei einem Zinsgabelnetz von 8 1/2% ausgegeben. Da aber gegenwärtig der inländische Zinsfuß noch 10-14 Prozent beträgt, so bedeutet das Auslandskapital eine erhebliche Zinnersparnis und kann einen Druck auf den inländischen Kapitalmarkt ausüben. Außer amerikanischem beteiligt sich auch neuerdings schwedisches, ungarisches und deutsches Kapital in Jugoslawien. Der Kruppkonzern, der kürzlich eine Waggonfabrik erworben, sieht im Bezirke, diese zu einem Großbetrieb für Lokomotivenbau und später für Landmaschinen, Traktoren und Automobile für die Versorgung des Balkans und des nahen Orients auszugestalten.

30 Millionen Dollaranleihe der Vereinigten Stahlwerke A.G.

Die Vereinigten Stahlwerke A.G., der bekannte große Montanruhr, hat in Amerika eine Anleihe von 30 Millionen Dollar abgeschlossen zwecks Auslösung der früher ausgegebenen Genussscheine in Höhe von 12 1/2 Millionen Mark. Der Zinsfuß der neuen Amerika-Anleihe beträgt normal 6 1/2 Prozent und steigt, wenn die Gesellschaft über 8 Prozent Dividende ausschüttet, allmählich bis auf 8 Prozent.

Ausdehnung des schwedischen Zündholztrustes.

Der schwedische Zündholztrust dehnt seinen Interessensbereich immer weiter aus. Der ihm nahestehende tschechische Solokonzern hat jetzt mit dem ebenfalls tschechischen Zündholz-Konzern Schell & Neffe die Errichtung eines gemeinsamen Verkaufsbüros beschlossen und zugleich mit den übrigen Fabriken eine Abgaberegulierung auf dem Markte in den östlichen Teilen der Tschechoslowakei getroffen. Auf diese Weise hat sich der schwedische Zündholztrust, der bekanntlich in Deutschland und anderen Ländern eine ausschlaggebende Rolle spielt, auch auf die tschechische Industrie einen maßgebenden Einfluß erzwingen.

Der Uebergang der Universum-Film-A.G. (Ufa) an Eugenberg hat noch ein interessantes gerichtliches Nachspiel. Die Ufa arbeitete infolgedessen bis zu ihrer Sanierung mit großem Verlust, besonders infolge des Anlaufes teurer amerikanischer Filme. Trotzdem war der letzte Geschäftsabrechnung und die Bilanz von der Generalversammlung genehmigt worden. Jetzt macht die neue Leitung der Ufa den früheren Direktor Jakob für den entstandenen Schaden verantwortlich und hat ihn zunächst auf Erstattung eines Teilbetrages von 100 000 Mark verklagt. Da ein Schadenersatz nur in Betracht kommt, wenn die Leitung das Unternehmen wesentlich geschädigt hat, kann man auf die Begründung und den Erfolg dieser Klage gespannt sein.

Arbeiter-Sport

Jugendwettkämpfe des Poseidon.

Am Sonntag, den 10. Juli, veranstaltete die Jugendgruppe des Schwimmvereins „Poseidon“ ihr zweites Jugend-Schwimmfest. Punkt 4 Uhr begannen die Wettkämpfe. Da die Staffetten und die einzelnen Schwimmer ziemlich gleichwertig waren, gab es mitunter sehr spannende Kämpfe. Auch Rettungsvorführungen fehlten nicht, und es kann auch nicht oft genug gesagt werden: Lernschwimmen!

Folgend die Ergebnisse der einzelnen Wettkämpfe:
Freistil-Staffette 6x50 Meter für männliche Jugend, 14 bis 16 Jahre: 1. 1. Mannschaft 2: 41 Min. 2. 2. Mannschaft 2: 41,5 Min. 3. 3. Mannschaft 3: 14 Min.

Brustschwimmen 100 Meter für weibliche Jugend, 16 bis 18 Jahre: 1. Oswald 1: 48,2. 2. Wunder 1: 49. 3. Riefe 1: 49.
Seitenschwimmen 50 Meter für Knaben: 1. Bartnit 0: 50. 2. Pfeifer 0: 51,4. 3. Kofol 0: 51,4.
Rückenschwimmen 50 Meter für Mädchen: 1. Kowals 0: 53. 2. Fichte 0: 53. 3. Seiffa 1: 00.
Dreikampf für Jugendwassertaucher (100 m) 25 Meter Balleribbelen, b) Wasserball-Weitwurf, c) Wasserball-Feldwurf: 14 bis 16 Jahre: 1. Reichelt 60 Punkte, 2. Seidenreich 59 Punkte, 3. Kubert 46 Punkte; 16 bis 18 Jahre: 1. Weber 70 Punkte, 2. Striesal 60 Punkte, 3. Sowta 51 Punkte.
Lagenstaffette 3x100 Meter für weibliche Jugend, 14 bis 18 Jahre: 1. 1. Mannschaft 2: 31,2 Min. 2. 2. Mannschaft 2: 42,1 Min. 3. 4. Mannschaft 2: 45,4 Min.
Jugend-Brustschwimmen 100 Meter für männliche Jugend: a) 14 bis 16 Jahre: 1. Köhler 1: 47. 2. Krause 1: 48. 3. Köster 1: 48; b) 16 bis 18 Jahre: 1. Basson 1: 42. 2. Steinchen 1: 43. 3. Sowta 1: 45,8.
Freistilschwimmen 100 Meter für männliche Jugend, 14 bis 18 Jahre: 1. Weber 1: 24. 2. Werner 1: 24,4. 3. Seidenreich 1: 32,5.
Brustschwimmen 50 Meter für Knaben: 1. Reichelt 0: 52,4. 2. Jung 0: 56,2. 3. Köhler 1: 00.
Rückenschwimmen 100 Meter für männliche Jugend: a) 14 bis 16 Jahre: 1. Jung 1: 44. 2. Graballe 1: 59. 3. Stein 2: 9; b) 16 bis 18 Jahre: 1. Häusler 1: 46. 2. Sowta 1: 49,1. 3. Steinchen 2: 3.
Brustschwimmen 50 Meter für Mädchen: 1. Wittke 0: 56,4. 2. Seiffa 0: 58,3. 3. Riefe 0: 59,4.
Freistilschwimmen 50 Meter für Knaben: 1. Gerhard Reichelt 0: 50,4. 2. Kofol 0: 51,6. 3. Kofol 0: 53.
Lagenstaffette 4x100 Meter für männliche Jugend, 14 bis 18 Jahre: 1. 3. Mannschaft 3: 08. 2. 1. Mannschaft 3: 08,6. 3. 4. Mannschaft 3: 07,4.
Rückenschwimmen 100 Meter für weibliche Jugend: 1. Werner 1: 56. 2. Sübner 2: 00,4. 3. Riefe 2: 10,5.

Schwimmverein Poseidon, e. V. Sämtliche Bausaufarbeiter, welche Sonnabend fahren, müssen heute abend ihre Meldung für Nachquartiere beim Gefoslen Surax abgeben. Fahrgeiß für familiäre Teilnehmer muß bis spätestens Donnerstag abend ebenfalls an Gefoslen Surax bezahlet werden. Die Reigentimmer müssen Donnerstag bestimmt im Bade sein. — Sämtliche Schwimmer haben nur Startberechtigung mit dem Bundesabzeichen an der Badebekleidung. Kleidung für den Festtag ist für männliche Mitglieder schwarze Sportlerhose, weibliche Mitglieder Hannoverischer Turnanzug oder weiße Bluse, dunkler Rock. — Alle Mitglieder, welche über freie Zeit verfügen, werden ersucht, ihre Pflichtarbeit zum Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Schüler-Abteilung, Dienstag und Freitag, bei schönem Wetter Spielen um 5 Uhr im Eichenpark. Badeschlösschen nicht vergessen.

Freie Turnerschaft Breslau, 7. Abteilung, Handball, Die 2. Männermannschaft spielt am Donnerstag, den 21. Juli, gegen 8. Abteilung auf dem Platz Helmstraße in folgender Aufstellung: Burth; Blache, Friedrich; Kahl, Vogt, Kausch; Selzer, Rindler, Binner, Dittmann, Hausmann. Das Spiel steigt um 18,30 Uhr.

Freie Turnerschaft Breslau-Zimpel, Mittwoch, den 20. Juli, 19,30 Uhr, bei Witzke. Sitzung für familiäre Funktionäre.

Sportvereinigung 1897/02, Schülerabteilung, Am heutigen Dienstag, ab 3 Uhr nachmittags, Spiele auf der Helmstraße. Ende Berdanstraße. Am Freitag, den 22. Juli, Vertiefung der Dampfer nach Lanich. Näheres am Mittwoch auf der Turnhalle.

Arbeiter-Sport-Kartell, Mittwoch, abends 8 Uhr, Kartellversammlung im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Bis zu dieser Versammlung müssen alle Rechnungen und Lukenstände beim Kassierer bezahlet sein. Gleichzeitig ist diese Versammlung der letzte Termin für die Ablieferung der Startnummern von den Strahlenläufern und vom Rasttag. Vereine, welche bis Mittwoch der Ablieferung der Startnummern nicht nachkommen, müssen zur Entschädigung herangezogen werden. Ebenso fehlen noch zwei Schlüssel vom Zaun am Stadioneingang.



In einer Zeit, in der von Tag zu Tag die Rekordreize sich überholen, in der das Schlagwort vom „Rekordrekord“ lebendig wurde, in der „fliegende Schulmeister“ sowohl als Käufer wie als Segelflieger stamenerregende Rekordreize aufstellen, in der Ozeanflieger immerhalb weniger Tage sieben erst aufgestellte Rekordreize überbieten, dürfte es angebracht sein, sich einmal mit dem Wesen und Zweck des „Rekordes“ näher zu beschäftigen.

Rekorde gab es immer!

So alt die Welt ist, dürfte man sagen, ist auch der Rekord! Zu allen Zeiten haben merkwürdigerweise die Menschen danach getrachtet, Rekorde — Höchstleistungen — zu vollbringen; zu allen Zeiten haben Menschen geglaubt, daß ein Rekord erreicht, eine Höchstleistung gewonnen und nicht mehr gebrochen, nicht mehr überboten werden könnte, und zu allen Zeiten — das ist die Frage und wiederum der Zweck und der Zweck eines Rekordes — wurden Rekorde gebrochen und erreicht, in aller Welt bewunderte Höchstleistungen überboten. Aus den ältesten sportfreudigen Zeiten des vorchristlichen Griechenlandes sind uns ebenso wie aus dem alten Rom und selbst dem alten Ägypten damals erzielte Rekorde überliefert worden. So steht z. B. im Rufeana zu Okefa ein altes Denkmal aus der Griechenstadt Olbia, das vermeldet, daß der berühmte Anagoras, des Demagoras Sohn, 282 Klafter weit mit dem Bogen geschossen hat und daß ihm deshalb die Okefa „Schützengilde“ dieses Denkmal gesetzt hat. Eine immerhin auch heute noch als Rekord zu bezeichnende respektable Leistung, wenn man bedenkt, daß 282 Klafter circa 500 Meter betragen und diese Entfernung für einen Bogenhitzer schon ganz tüchtig ist, geschweige denn für einen Bogenschütze. Ein anderer merkwürdiger antiker Rekord wird uns im Zeitalter des Überflusses als Griechische namens Phylax aus Kroton soll 55 Fuß, das waren also 16 Meter, und zwar 5 Fuß über die Sprunggrube hinaus springen sein. Bedenken wir, daß der moderne Weltrekord rund 8 Meter beträgt, so ist die Leistung dieses Phylax — selbst wenn er mit den damals gebräuchlichen Sprungschuhen, die die Sprunggrube besetzten, springen mußte, etwas sehr unglaublich. Doch wird es, wie gesagt, durch überlieferte Zeugnisse bestätigt. Auch ein anderer Rekord aus der gleichen Zeit zu Olympia gab man vor wenigen Jahren einen Gemütsrekord an. Er ist 60 Zentimeter groß und ist 135 Kilogramm schwer, was dem Gewicht entspricht, das ein Athlet namens Khybo diesen Stein aufgehoben und mit einer Hand über den Kopf gehoben hat, daß er also von Schulterhöhe an mit einem Arm den Kopf hochgehoben und gehalten hat. Ebenfalls eine unglaubliche Leistung, die auch heute noch kein Rekordverzicht hat. Ein anderer Rekord aus Olympia mag der Ruchheit halber Erwähnung finden: ein Athlet Males soll drei einjährige Hühner nicht nur mit der Hand tragen, sondern auch noch nachher — von demselben Hühner tragen und schließlich — allein verzehrt haben. Man weißt schon, welche Jahre vor uns liegt die Menschheit dem folgenden Rekord nach.

Die Rekorde gemacht werden.

Als nun die Mitte des vorigen Jahrhunderts herum Sportwörter Tode wurde und aus Rekorde tatsächliche Höchstleistungen hervorgingen, ließ man z. B. (um einige Rekorde hervorgehoben zu

zeigen) 1868 bei einem amerikanischen Hallentamp die rund 200-Meter-Strecke in 26 Sekunden, sprang man 518 Zentimeter weit, mit dem Stab 251 Zentimeter hoch. Unsere heutigen Männer laufen die gleiche Strecke schon in etwas mehr als 20 Sekunden, unsere heutigen Weichspringer haben den Rekord auf über 7 1/2 Meter gesteigert und im Stabhochsprung sind schon längst Rekorde von 4,21 Zentimeter erreicht. Als man 1868 die damaligen Rekorde erzielte, glaubte man vor unübersteigbaren Höchstleistungen zu stehen — und doch; um durchschnittlich 40 Proz. teilweise bis zu 50 Proz. hat fast sämtliche Rekorde von damals heute verbessert worden. Der „alte Rekord“ erfasste den Sport. 1900 schon lief der spanische Amerikaner Kraenzlein 110 Meter in 15,4 Sekunden und sprang 718,5 Zentimeter weit — damals eine Sensation! Acht Jahre später schon lief Smithson in London die Strecke in 15 Sekunden, dann 1920 der Kanadier Tompson in 14,4 Sekunden und des Phänomen im 5000-Meter-Lauf, mußte vor den noch phänomenaleren Leistungen von dem fliegenden Finnen Paavo Nurmi und dem „fliegenden Schulmeister“ Wäde weichen, die wiederum in Leicht-erfolge von den Deutschen Hundt und Reiser geschlagen wurden. Die Rekorde rufen — ob im Kugelstoßen von 11,23 Meter auf 15,34 oder im 100-Meter-Lauf von 11,25 Sekunden auf 10,5 Sekunden, ob im Schwimmen, wo Johnny Weismüller, Rademacher mit Arne Borg die vor Jahren noch als „nie zu schlagen“ bezeichneten Rekorde glatt schlagen, oder etwa im Fliegen, wo gerade in diesen Tagen Chamberlain Lindberghs Streckenrekord um mehrere hundert Kilometer schlug und selbst vielleicht schon in wenigen Tagen von Byrd oder Goffe oder sonst einem, der in New York schon flüchtig war, ebenfalls geschlagen wird. Das Geben und Nehmen, wie diese Rekorde gemacht werden, ist leicht gefastet: die richtige Vorarbeit, die monatelange Ausdauer, die Hilfsarbeit der technischen und physikalischen Apparate und Helfer ermöglichen es, der menschlichen Leistungseln

„halt“ zuzurufen und praktisch (wenn auch nur um Prozentel) den Rekord immer wieder zu brechen. Der Käufer von heute läuft in Wunderwerten von Schuhen aus Rängerhölzer mit Stahldornen und — so wie hier ist es überall, oder im Speerwerfen, oder im Springen bis zum Tritot des Schwimmers ist alles sachlich-zweckmäßig auf Rekordbrechen vorvollkommen: Sportgerät, Bahnen, Rambahndelag, Kurvenausmaß, Verbesserung jeder Technik, Ausarbeitung des Trainings, der Massage, Erkenntnis der Fehlerquellen, theoretische Lehre wie z. B. in einer Hochschule für Leibesübungen usw.! Ob im Segelflug, wo vor kurzem der ostpreussische Begier Schulz mit einem 14-Stunden-Dauerflug, einen neuen Rekord aufstellte, oder im Speerwerfen, oder im Kanalschwimmen, wo nach kurzer Zeit unser Kölner Rekorde Bierkötter die Ebene schlug, oder im Ozeanflug — immer sind es sorgsam durchdachte, in dem technischen, physikalischen, chemischen, mathematischen, motorischen Rekordfortschritt unserer schnelllebigen Zeit begründete Hilsträfte, die den menschlichen Rekord stets steigern und verbessern. Wie wir über die Rekorde von gestern wissen, werden wir über die Rekorde von heute und morgen wissen. Ein Beispiel aus der Fliegerei, ihre Sensationen: Villenhof flog in paar Meter Höhe paar Meter weit, Wrigit schon einige Kilometer, Barriot über den Kanal, D'Alby von Paris nach Tokio, Cobba... von London via Kalkutta, Melbourne nach Boston, Reed als erster von New York nach England, Lindbergh als erster von New York nach Paris, Chamberlain als erster von New York nach Berlin — und wer weiß wann irgendeiner als erster in einer Klasse um die Erde in vielleicht der nächsten Zeit, die Chamberlain für New York-Berlin brauchte, wer weiß wann irgendeiner mit irgendeiner noch unbekanntem Rekordmaschine ins Weltall, als erster den Druck der klein gewordenen Erde zu fernem Sternem bringt! Unmöglich ist nichts — das beweist die Zeit der Elektrizität, des Autos, des Kohlenverflüchtens des Sports. Sogar — es wird eine Grenze geben! Nur: wir werden sie nie erreichen, höchstens ihr nahe kommen...

Nach einer Frage bleibt übrig: hat diese Rekordbrecherei einen Sinn, einen sozialen Zweck? Die Frage kann kurz beantwortet werden: Sicherlich! Rekorde eröffnen neue Wege, neue Möglichkeiten, neuen Raum, neue Produktions-Rekorde geben in der Auswertung der Rekorde manchmal ungeahnten neuen Brot! Entwerfer sei nur an den Bau der Rührwerksstraße „Nürnberg-Ing“ in der Eiffel, die laufenden Arbeitslosen neuen Erwerb und Existenzmöglichkeit erschaffen, an die Wirkung der Fliegerei, die eine ganze Hunderte Rekorde erst erzielte Sportfreudigkeit, die wiederum die Gesundheit ungeahnter machte und so ihr nicht geringes Teil an Volksgesundheit und sozialem Wiederaufbau trägt. So wäre es also falsch, den „Rekord“ zu verdammen, weil er — wie tatsächlich meist — einen Spinn der Selbster oder Sensationshocherei entpuppt — wichtig sind die Auswirkungen der Rekorde, die aus dem Spielern der Rekorde soziale Faktoren, soziale Aufbau- und Arbeitsfelder entstehen.